



Veska Pensionskasse
Caisse de pension Veska

Reglement der Veska Pensionskasse

Gültig ab 1. Januar 2022

Veska Pensionskasse
Jurastrasse 9
5000 Aarau

Stiftung von H+
Die Spitäler der Schweiz

INHALTSVERZEICHNIS

			Seite
I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN	Art. 1	Begriffe	4
	Art. 2	Zweck / Verhältnis zum BVG	5
	Art. 3	Kreis der Versicherten	6
	Art. 4	Beginn der Versicherung / Gesundheitlicher Vorbehalt	7
	Art. 5	Ende der Versicherung / Freiwillige Versicherung	9
	Art. 5a	Ausscheiden aus der obligatorischen Versicherung nach Vollendung des 55. Altersjahres	10
	Art. 6	Massgebender Jahreslohn / Versicherter Lohn	11
	Art. 7	Besondere Pflichten der Versicherten, Rentner und Anspruchsberechtigten	12
	Art. 8	Auskunfts- und Meldepflicht des Arbeitgebers	14
	Art. 9	Information der Versicherten und Rentner	14
	Art. 10	Abtretung, Verpfändung	15
	Art. 11	Wohneigentumsförderung: Verpfändung	15
	Art. 12	Wohneigentumsförderung: Vorbezug	16
	Art. 13	Vorsorgeausgleich bei Scheidung	17
Art. 14	Vorbezugskonto	17	
II. FINANZIERUNG	Art. 15	Beiträge	18
	Art. 16	Eingebrachte Freizügigkeitsleistungen / Freiwilliger Einkauf	19
	Art. 16 ^{bis}	Einkauf für vorzeitigen Altersrücktritt	20
	Art. 17	Arbeitgeberbeitragsreserve	20
	Art. 18	Beiträge für die Zusatz-Risikoversicherung	21

III. LEISTUNGEN**A. Allgemeine Bestimmungen**

Art. 19	Art der Leistungen	22
Art. 19a	Leistungsanspruch in besonderen Fällen	22
Art. 20	Auszahlung der Renten	22
Art. 21	Kapitalabfindung	23
Art. 22	Kürzung von Leistungen	23
Art. 23	Anpassung der laufenden Renten an die Preisentwicklung	25
Art. 23a	Haftungsansprüche Dritte	25
Art. 23b	Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen	25

B. Altersleistungen

Art. 24	Altersguthaben	26
Art. 25	Altersrente und Alters-Kinderrenten	27
Art. 26	Flexibler Altersrücktritt, Teil-Pensionierung	27

C. Invalidenleistungen

Art. 27	Invalidität	29
Art. 28	Invalidenrente und Invaliden-Kinderrente	30
Art. 29	Temporäre Invaliden-Zusatzrente	31

D. Hinterlassenenleistungen

Art. 30	Ehegattenrente	31
Art. 31	Temporäre Ehegatten-Zusatzrente	32
Art. 31a	Lebenspartnerrente	33
Art. 32	Rente an den geschiedenen Ehegatten	34
Art. 33	Waisenrente	34
Art. 34	Temporäre Waisen-Zusatzrente	35
Art. 35	Todesfallkapital	35

		Seite
	E. Leistungen beim Austritt	
	Art. 36 Freizügigkeitsleistung	36
	Art. 37 Überweisung der Freizügigkeitsleistung	37
IV. ORGANISATION	Art. 38 Stiftungsorgan	39
	Art. 39 Stiftungsrat	39
	Art. 40 Auflösung und Abschluss des Anschlussvertrages	40
	Art. 41 Verwaltungskosten	40
	Art. 42 Geschäftsstelle / Rechnungsjahr	41
	Art. 43 Kontrolle und Unterdeckung	41
	Art. 44 Verantwortlichkeit	42
	Art. 45 Übergangsbestimmungen	42
	Art. 45a Übergangsbestimmungen	42
	Art. 45b Übergangsbestimmungen	43
V. SCHLUSS- BESTIMMUNGEN	Art. 46 Rechtsstreitigkeiten	44
	Art. 47 Reglementsänderungen	44
	Art. 48 Auflösung und Liquidation	44
	Art. 49 Inkrafttreten	45
ANHANG 1	Versicherungspläne	46
ANHANG 2	Zusatz-Risikoversicherung	48
ANHANG 3	Wählbare Parameter	49
ANHANG 4	Bestimmungen zum Vorsorgeausgleich bei Scheidung, wenn der Vorsorgefall eingetreten ist	50
ANHANG 5	Einkaufstabellen	54
ANHANG 6	Barwerttabelle	56
ANHANG 7	Umwandlungssätze	57
BEILAGE	Aktuelle Wertangaben, Erläuterungen	58

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 1 Begriffe

1 Das vorliegende Reglement versteht unter:

AHV	Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung
IV	Eidgenössische Invalidenversicherung
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
BVV2	Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
FZG	Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
WEFG	Bundesgesetz über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge (Die Bestimmungen befinden sich im BVG und im Obligationenrecht.)
Arbeitgeber	H+ Die Spitäler der Schweiz (vormals Veska) und deren Mitglieder, Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) für dessen Personal, andere Verbände und Organisationen, die im Gesundheitswesen oder Sozialbereich tätig sind und mit denen ein Anschlussvertrag abgeschlossen worden ist, vgl. Anhang 3
Versicherte	Männliche und weibliche Arbeitnehmer, welche zu einem Arbeitgeber in einem Arbeitsverhältnis stehen, mit dem ein Anschlussvertrag mit der Veska Pensionskasse besteht, vgl. Anhang 3
Rentner	Personen, die von der Veska Pensionskasse Renten beziehen
Risiko- versicherung	Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Tod und Invalidität
Alters- versicherung	Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen des Alters

Rentenalter	Für Frauen am Monatsersten nach Vollendung des 64. Lebensjahres, für Männer am Monatsersten nach Vollendung des 65. Lebensjahres.
Pläne	Die Stiftung führt verschiedene Versicherungspläne, welche im Anhang 1 detailliert aufgeführt sind. Im Anschlussvertrag wird die Zuweisung zu einem dieser Pläne geregelt. Die Zuweisung hat nach objektiven Kriterien zu erfolgen.
Zusatz-Risikoversicherung	Die Stiftung bietet verschiedene Zusatz-Risikoversicherungen an, welche im Falle von Tod und Invalidität zusätzliche Leistungen erbringen. Die Zusatz-Risikoversicherungen sind im Anhang 2 detailliert aufgeführt. Im Anschlussvertrag wird festgehalten, ob eine Zusatz-Risikoversicherung besteht und wenn ja, welche. Zudem wird der Kreis der Mitglieder festgehalten. Diese Zuordnung hat nach objektiven Kriterien zu erfolgen. Die Stiftung kann in begründeten Fällen den Abschluss einer Zusatz-Risikoversicherung ablehnen oder die Zusatz-Risikoversicherung kündigen.

² Nachfolgend werden alle Personenbezeichnungen in die männliche Form gesetzt. Die Personenbezeichnungen gelten grundsätzlich ebenfalls für Frauen. Falls eine Bestimmung nur für Männer oder nur für Frauen gilt, wird dies entsprechend formuliert.

³ Personen, die im Personenstand «in eingetragener Partnerschaft» gemäss Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 18. Juni 2004 leben, haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die Ehegatten. Begriffe wie Ehe, Ehegatten, Witwe, Witwer oder verheiratet gelten für die eingetragene Partnerschaft sinngemäss.

Art. 2 Zweck / Verhältnis zum BVG

¹ Unter dem Namen Veska Pensionskasse besteht eine Stiftung im Sinne von Art. 80 ff. ZGB, Art. 331 OR und Art. 48 Abs. 2 BVG, mit Sitz in Aarau. Die Organisation ist in Abschnitt IV dieses Reglements geregelt. Die Versicherten und Rentner (Destinatäre) der Stiftung bilden eine Solidargemeinschaft mit einheitlichem, freiem Stiftungsvermögen.

² Im Rahmen des vorliegenden Reglements versichert die Veska Pensionskasse die Arbeitnehmer gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität.

- ³ Die Stiftung ist in das Register für die berufliche Vorsorge eingetragen. Sie verpflichtet sich damit, mindestens die obligatorischen Leistungen gemäss BVG zu erbringen. Die Veska Pensionskasse weist die BVG-Mindestleistungen einschliesslich der vom Bundesrat angeordneten Anpassungen der Hinterlassenen- und Invalidenleistungen an die Preisentwicklung in einer Schattenrechnung aus.
- ⁴ Die Veska Pensionskasse bemisst ihre Leistungen nach dem Grundsatz des sogenannten Anrechnungsprinzips, d.h. dass sie die reglementarischen Leistungen mit den Mindestleistungen nach BVG vergleicht und den höheren Betrag auszahlt.
- ⁵ Der Zinssatz für die Schattenrechnung entspricht dem Mindestzinssatz gemäss BVG.
- ⁶ Die Umwandlungssätze entsprechen beim Rücktritt im ordentlichen Rentenalter gemäss BVG (65 für Männer und 64 für Frauen) den Mindestumwandlungssätzen gemäss BVG. Bei einem früheren Altersrücktritt reduzieren sich diese Umwandlungssätze für jeden Monat des Vorbezugs um 0.015% bzw. bei einem späteren Bezug erhöhen sie sich für jeden Monat des Aufschubs um 0.01%.
- ⁷ Bei einer Auszahlung von Vorsorgegeldern (im Rahmen WEFG oder Scheidung) wird in der Schattenrechnung analog zu Art. 14 ein Vorbezugskonto BVG eröffnet und im Leistungsfall oder bei Austritt vom BVG-Altersguthaben abgezogen. Das Vorbezugskonto BVG entspricht bei Eröffnung demjenigen Anteil des BVG-Altersguthabens nach Art. 18 FZG, welcher dem Verhältnis der Auszahlung zur gesamten Freizügigkeitsleistung entspricht. Das Vorbezugskonto BVG wird gleich verzinst wie das BVG-Altersguthaben.
- ⁸ Bei Bezug eines Teils der Altersleistung in Kapitalform reduziert sich die BVG-Altersleistung anteilmässig.
- ⁹ Bei einer Rückzahlung von Vorsorgegeldern (im Rahmen WEFG oder Scheidung) wird die Rückzahlung im gleichen Verhältnis dem BVG-Altersguthaben gutgeschrieben wie bei der Auszahlung. Lässt sich der Anteil des BVG-Altersguthabens bei der Auszahlung nicht feststellen, dann wird gemäss Bundesrecht vorgegangen.
- ¹⁰ Art. 89a – 89c BVG betreffend die internationale Koordination sind anwendbar.

Art. 3 Kreis der Versicherten

¹ Als Versicherte werden diejenigen Arbeitnehmer aufgenommen, welche das 17. Lebensjahr vollendet haben und deren massgebender Jahreslohn (vgl.

Art. 6) den im Anschlussvertrag festgehaltenen Mindestlohn übersteigt. Dieser Mindestlohn darf nicht höher sein als der Mindestlohn nach BVG (vgl. Beilage).

² In die Veska Pensionskasse werden diejenigen Arbeitnehmer nicht aufgenommen,

a) die im Sinne der IV zu mindestens 70% invalid sind oder

b) deren Arbeitsverhältnis auf längstens drei Monate abgeschlossen worden ist (wird die Vertragsdauer später verlängert, so beginnt die Versicherung im Zeitpunkt, an welchem die Verlängerung des Arbeitsverhältnisses vereinbart wurde), vorbehalten bleibt Abs. 3 oder

c) die das Rentenalter erreicht haben.

³ Wenn mehrere aufeinanderfolgende, befristete Anstellungen beim gleichen Arbeitgeber insgesamt länger als drei Monate dauern und kein Unterbruch drei Monate übersteigt, dann wird der Arbeitnehmer ab Beginn des insgesamt vierten Arbeitsmonats versichert; wird jedoch vor dem ersten Arbeitsantritt vereinbart, dass die Anstellungs- oder Einsatzdauer insgesamt drei Monate übersteigt, so wird der Arbeitnehmer ab Beginn des Arbeitsverhältnisses versichert, sofern die übrigen Voraussetzungen gemäss Abs. 1 erfüllt sind.

⁴ Die Stiftung übernimmt keine freiwillige Versicherung von teilbeschäftigten Arbeitnehmern für den Lohnanteil, den diese bei anderen Arbeitgebern beziehen.

Art. 4 Beginn der Versicherung / Gesundheitlicher Vorbehalt

¹ Die Aufnahme in die Veska Pensionskasse erfolgt mit dem Antritt des Arbeitsverhältnisses, frühestens aber am 1. Januar nach Vollendung des 17. Lebensjahres.

² Die Risikoversicherung beginnt am 1. Januar nach Vollendung des 17. Lebensjahres. Die Altersversicherung beginnt am 1. Januar nach Vollendung des 24. Lebensjahres.

³ Der Zeitpunkt des Beginns der Mitgliedschaft wird jedem Versicherten auf dem Versicherungsausweis bestätigt. Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft anerkennt der Versicherte das Reglement und den Anschlussvertrag als Grundlage des mit der Veska Pensionskasse abgeschlossenen Vorsorgevertrages.

⁴ Beim Eintritt muss derjenige Arbeitnehmer eine Gesundheitserklärung abgeben,

– bei dem der massgebende Jahreslohn die Referenzgrösse des eineinhalbfachen oberen Grenzbetrags nach Art. 8 Abs. 1 BVG (vgl. Beilage) – multipli-

- ziert mit dem Beschäftigungsgrad des Arbeitnehmers – übersteigt, oder
- der nicht voll arbeitsfähig ist, oder
 - der eine Invaliditätsleistung von der eidg. Invalidenversicherung und/oder einer anderen Vorsorgeeinrichtung erhält, oder
 - dessen Versicherungsleistungen gemäss diesem Reglement eine der nachfolgenden Limiten übersteigen:
 - Invalidenrenten und Altersgutschrift höher als CHF 180'000.00 pro Jahr, oder
 - Hinterlassenenrenten (ohne Waisenrenten) höher als CHF 120'000.00 pro Jahr.

Bei einer späteren Leistungserhöhung muss eine Gesundheitserklärung eingereicht werden, wenn die versicherten Leistungen gemäss diesem Reglement eine der nachfolgenden Limiten übersteigen:

- Invalidenrenten und Altersgutschrift höher als CHF 180'000.00 pro Jahr, oder
- Hinterlassenenrenten (ohne Waisenrenten) höher als CHF 120'000.00 pro Jahr.

Die Geschäftsstelle entscheidet aufgrund des eingereichten Fragebogens, ob ein Gesundheitsvorbehalt gemäss Art. 4 Abs. 5 auferlegt wird. Sie kann anordnen, dass sich der Versicherte zusätzlich durch den Vertrauensarzt der Veska Pensionskasse untersuchen lassen muss.

⁵ Zeigen die Angaben auf dem eingereichten Fragebogen oder die vertrauensärztliche Untersuchung ein erhöhtes Versicherungsrisiko an, so kann die Veska Pensionskasse für die Risikoversicherung einen oder mehrere Vorbehalte aussprechen. Diese Vorbehalte sind auf längstens fünf Jahre zu befristen. Grund und Dauer der Vorbehalte sind dem Versicherten schriftlich innerhalb von zwei Monaten ab dem Zeitpunkt des Vorliegens des Resultates der Gesundheitsprüfung mitzuteilen. Die bei einer früheren Vorsorgeeinrichtung abgelaufene Zeit eines Vorbehalts ist auf die neue Vorbehaltsdauer anzurechnen. Der Vorsorgeschutz, der mit den eingebrachten Freizügigkeitsleistungen erworben wird, darf nicht durch einen neuen gesundheitlichen Vorbehalt geschmälert werden.

⁶ Steht die Invalidität oder der Todesfall in einem ursächlichen Zusammenhang mit einem Vorbehalt, so werden die Leistungen der Veska Pensionskasse unter Berücksichtigung des entsprechenden Beschäftigungsgrads dauernd auf die Leistungen auf der Basis eines massgebenden Jahreslohns in der Höhe der Referenzgrösse gemäss Art. 4 Abs. 4 gekürzt; die gesetzlichen Mindestleistungen sind jedenfalls gewährt. Die Kürzung beträgt bei Eintritt des Ereignisses

- im ersten Jahr des Vorbehalts 100%
- im zweiten Jahr des Vorbehalts 80%
- im dritten Jahr des Vorbehalts 60%
- im vierten Jahr des Vorbehalts 40%
- im fünften Jahr des Vorbehalts 20%

Liegt die mögliche Höchstdauer des Vorbehalts unter 5 Jahren, so fallen die entsprechenden Endstufen der Kürzungsskala weg. Ein allfälliges Todesfallkapital gemäss Art. 35 wird nicht gekürzt.

⁷ Verschweigt der Versicherte auf dem eingereichten Fragebogen oder gegenüber dem Vertrauensarzt versicherungsrelevante Befunde oder macht er unrichtige oder unvollständige Angaben, ist die Veska Pensionskasse berechtigt, sämtliche Leistungen dauernd auf die Leistungen auf der Basis eines massgebenden Jahreslohns in der Höhe der Referenzgrösse gemäss Art. 4 Abs. 4 zu kürzen; die gesetzlichen Mindestleistungen sind jedenfalls gewährt. Im Leistungsfall steht der Veska Pensionskasse eine Frist von vier Monaten für die Mitteilung der Kürzung an die versicherte Person zu. Die Frist beginnt, wenn die Veska Pensionskasse zuverlässige Kenntnis von Tatsachen erhält, aus denen sich der Schluss auf Verletzung der Anzeigepflicht ziehen lässt.

Art. 5 Ende der Versicherung / Freiwillige Versicherung

¹ Die Versicherung endet mit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses bei einem Arbeitgeber gemäss Art. 1 zufolge anderer Gründe als Alter, Tod oder Invalidität, vorbehalten bleibt Art. 5a. Es gelten dann die Bestimmungen über die Freizügigkeitsleistung der Veska Pensionskasse (vgl. Abschnitt III E).

² Bis der Arbeitnehmer in ein neues Vorsorgeverhältnis eingetreten ist, längstens aber während eines Monats nach Austritt aus der Veska Pensionskasse, besteht die Risikoversicherung beitragsfrei weiter.

³ Bei bestehendem Arbeitsverhältnis endet die Versicherung, wenn die Versicherungspflicht nach Art. 3 wegfällt. Vorbehalten bleibt die freiwillige Versicherung gemäss Abs. 4 dieses Artikels.

⁴ Bei unbezahlten Urlauben ist grundsätzlich keine automatische Weiterführung der Versicherung vorgesehen. Die Weiterführung der Versicherung ist vom Versicherten vor Antritt des unbezahlten Urlaubs bei der Veska Pensionskasse zu beantragen. Falls der Versicherte die Vorsorge oder bloss die Risikoversicherung im bisherigen Umfang während längstens 12 Monaten weiterführen möchte, muss er auch die Arbeitgeberbeiträge entrichten, sofern der Arbeitsvertrag nichts anderes vorsieht. Falls der Arbeitgeber seine Beiträge während

dem unbezahlten Urlaub weiter entrichtet, wird die Versicherung weitergeführt und der Versicherte muss seine Beiträge ebenfalls weiter entrichten. Die Versicherung erlischt, wenn die Beiträge vom Versicherten bzw. Arbeitgeber nicht innerhalb von einem Monat nach erfolgter Mahnung einbezahlt werden. Ein unbezahlter Urlaub im Anschluss an die Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist nicht möglich.

⁵ Der Versicherte hat beim Austritt die Möglichkeit, den Versicherungsschutz für den Todes- und Invaliditätsfall während maximal 6 Monaten – jedoch längstens bis zum Eintritt in ein neues Vorsorgeverhältnis – beizubehalten. Die versicherte Person muss die Beibehaltung des Versicherungsschutzes schriftlich bis spätestens zum Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses verlangen, ansonsten dieser Anspruch verwirkt. In diesem Fall hat der Versicherte ab Austrittsdatum die eigenen Risikobeiträge und diejenigen des Arbeitgebers im Rahmen des bisherigen versicherten Lohns einmalig vorschüssig für die im Voraus vereinbarte Dauer zu entrichten. Der Versicherungsschutz ist erst definitiv, wenn eine schriftliche Bestätigung der Veska Pensionskasse vorliegt. Erfolgt vor dem Ablauf der vereinbarten Dauer ein Austritt aus der Veska Pensionskasse, ist eine Rückerstattung der bereits bezahlten Beiträge ausgeschlossen.

Art. 5a Ausscheiden aus der obligatorischen Versicherung nach Vollendung des 55. Altersjahres

¹ Ein Versicherter, der nach Vollendung des 55. Altersjahres aus der obligatorischen Versicherung ausscheidet, weil das Arbeitsverhältnis vom Arbeitgeber aufgelöst wurde, kann die Versicherung nach diesem Artikel weiterführen. Er hat die Möglichkeit, während dieser Weiterversicherung das Altersguthaben durch Beiträge weiter aufzubauen. Die Austrittsleistung bleibt in der Veska Pensionskasse, auch wenn das Altersguthaben nicht durch Beiträge weiter aufgebaut wird. Die versicherte Person muss die Weiterführung der Versicherung schriftlich bis spätestens zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus der obligatorischen Versicherung verlangen, ansonsten der Anspruch auf Weiterversicherung erlischt.

² Im Fall der Weiterversicherung wird der versicherte Lohn vor dem Wegfall der Versicherungspflicht unverändert weitergeführt. Tritt die versicherte Person in eine neue Vorsorgeeinrichtung ein und wird ein Teil der Austrittsleistung überwiesen (siehe Abs. 5), reduziert sich der versicherte Lohn im gleichen Verhältnis wie die Austrittsleistung im Zeitpunkt der Überweisung.

³ Der Versicherte bezahlt für die Risikoversicherung einen Beitrag, der dem Beitrag des Arbeitgebers und des Versicherten zur Deckung der Risikokosten

entspricht. Falls er das Altersguthaben durch Beiträge weiter aufbaut, hat er zudem einen Beitrag in der Höhe der Altersgutschrift zu bezahlen. Auf den vom Versicherten geleisteten Beiträgen erfolgt bei der Berechnung des Mindestbetrages gemäss Art. 17 FZG kein Alterszuschlag von 4%.

4 Im Rahmen der Weiterversicherung bezahlt der Versicherte im Sanierungsfall die entsprechenden Beiträge der Versicherten.

5 Tritt der Versicherte in eine neue Vorsorgeeinrichtung ein, so hat die Veska Pensionskasse die Austrittsleistung in dem Umfang an die neue Pensionskasse zu überweisen, als sie für den Einkauf in die vollen reglementarischen Leistungen verwendet werden kann. Verbleibt danach mindestens ein Drittel der Austrittsleistung in der Veska Pensionskasse, so kann der Versicherte die Versicherung bei der Veska Pensionskasse entsprechend der darin verbleibenden Austrittsleistung weiterführen. Werden mehr als zwei Drittel der Austrittsleistung für den Einkauf in die vollen reglementarischen Leistungen benötigt, endet die Versicherung bei der Veska Pensionskasse (siehe Abs. 6). Die Versicherung endet zudem bei Eintritt des Risikos Tod, Invalidität oder Alter, spätestens aber bei Erreichen des Rentenalters. Die Versicherung kann durch den Versicherten jederzeit auf Ende Monat und durch die Veska Pensionskasse bei Vorliegen von Beitragsausständen gekündigt werden.

6 Endet die Weiterversicherung vor Erreichen des frühestmöglichen Alters für den Bezug von Altersleistungen, so gelten die Bestimmungen über den Austritt. Ansonsten werden die Altersleistungen ausgerichtet. Hat die Weiterführung der Versicherung mehr als zwei Jahre gedauert, so müssen die Versicherungsleistungen in Rentenform bezogen und die Austrittsleistung kann nicht mehr für Wohneigentum zum eigenen Bedarf vorbezogen oder verpfändet werden.

Art. 6 Massgebender Jahreslohn / Versicherter Lohn

1 Massgebend für den versicherten Lohn ist der AHV-pflichtige Jahreslohn, vermindert um Lohnbestandteile, die nur gelegentlich anfallen; diese müssen im jeweiligen Anschlussvertrag näher bezeichnet werden. Der massgebende Jahreslohn entspricht höchstens dem 18-fachen Betrag der maximalen Altersrente der AHV. Ist der Arbeitnehmer weniger als ein Jahr lang bei einem Arbeitgeber beschäftigt, so gilt als Jahreslohn der Lohn, den er bei ganzjähriger Beschäftigung erzielen würde.

2 Der versicherte Lohn entspricht dem massgebenden Jahreslohn gemäss Abs. 1 dieses Artikels, vermindert um einen allfälligen Koordinationsbetrag. Der Koordinationsbetrag ist in Abhängigkeit des Planes im Anhang 1 definiert. Sollte

der so festgelegte versicherte Lohn kleiner sein als der gemäss BVG zu versichernde Lohn, wird er auf diesen Betrag aufgerundet (vgl. Beilage).

³ Der versicherte Lohn wird monatlich aufgrund des jeweiligen Lohns und des Beschäftigungsgrads festgelegt. Entsprechende Anpassungen sind vom Arbeitgeber der Veska Pensionskasse zu melden. Bei Versicherten mit schwankendem Lohn wird bei der Festsetzung der Versicherungsleistungen bei Invalidität und Tod auf einen Durchschnitt des versicherten Lohns der letzten 12 Monate vor Eintritt der Arbeitsunfähigkeit bzw. vor dem Tod abgestellt, wobei krankheitsbedingte Lohnherabsetzungen nicht berücksichtigt werden.

⁴ Im Anschlussvertrag kann ein tieferes Maximum für den massgebenden Jahreslohn als in Abs. 1 dieses Artikels festgelegt werden, wobei der obere Grenzbetrag gemäss BVG nicht unterschritten werden darf (vgl. Beilage).

⁵ Sinkt der massgebende Jahreslohn vorübergehend wegen Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Mutterschaft, Vaterschaft oder aus ähnlichen Gründen, so behält der bisherige versicherte Lohn mindestens so lange Gültigkeit, als die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers nach Art. 324a OR bestehen würde oder ein Mutterschaftsurlaub nach Art. 329f OR, ein Vaterschaftsurlaub nach Art. 329g OR oder ein Betreuungsurlaub nach Art. 329i OR dauert. Der Versicherte kann jedoch die Herabsetzung des versicherten Lohns verlangen.

⁶ Bei Teilinvaliden wird der maximal versicherte Lohn und der maximale Koordinationsbetrag entsprechend der Invaliden-Rentenberechtigung herabgesetzt.

⁷ Versicherte, die das 58. Altersjahr vollendet haben und ihren Lohn höchstens um die Hälfte reduzieren, können die Versicherung für den bisherigen versicherten Lohn längstens bis zum Rentenalter weiterführen. In diesem Fall hat der Versicherte auf dem freiwillig versicherten Lohnteil nebst den eigenen Beiträgen auch diejenigen des Arbeitgebers zu leisten. Der Arbeitgeber kann freiwillig einen Teil der Beiträge übernehmen. Bei der Berechnung der Mindestleistung beim Austritt nach Art. 17 FZG gelten die gesamten auf dem freiwilligen versicherten Lohnteil geleisteten Beiträge als persönliche Beiträge, auf denen kein Alterszuschlag von 4% erfolgt.

Art. 7 Besondere Pflichten der Versicherten, Rentner und Anspruchsberechtigten

¹ Die Versicherten, Rentner und ihre anspruchsberechtigten Hinterlassenen sind verpflichtet, über alle Tatsachen, welche die Beziehungen zur Veska Pensionskasse betreffen, der Geschäftsstelle (vgl. Art. 42) vollständig und wahrheitsgetreu Auskunft zu geben und die erforderlichen Nachweise zu beschaffen.

^{1bis}Die Veska Pensionskasse kann zur Risikobeurteilung bei Eintritt sowie bei der Versicherungsabwicklung eine oder mehrere Lebensversicherungsgesellschaften beiziehen. Der Versicherte hat auf Gesuch hin die entsprechenden Einwilligungen zur Datenweitergabe und -bearbeitung (zur Erfüllung der vereinbarten Dienstleistungen notwendigen Zwecke) zu erteilen. Ebenso ist das medizinisch geschulte Personal von der Schweigepflicht zu entbinden und zu ermächtigen, Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

² Die Versicherten haben der Geschäftsstelle Einsicht in die Abrechnungen über die Austrittsleistung aus dem früheren Vorsorgeverhältnis zu gewähren und die im Zusammenhang mit dem Vollzug des FZG und des WEEG notwendigen Unterlagen zu beschaffen oder die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

³ Versicherte, Rentner und Anspruchsberechtigte sind verpflichtet, der Geschäftsstelle jeweils unverzüglich die für die exakte Nachführung der Versicherungsakten wesentlichen Tatsachen, wie Änderung der Wohnadresse, des Zivilstands oder der Familienverhältnisse, mitzuteilen. Die Geschäftsstelle ist berechtigt, persönlich unterzeichnete Anträge für die Ausrichtung der Rente, sowie amtliche Lebensbescheinigungen, Personenstandsausweise, Wohnsitzbescheinigungen sowie weitere amtliche Dokumente zu verlangen.

⁴ Bezüger von Invaliden- und Hinterlassenenrenten müssen der Geschäftsstelle alle anrechenbaren Einkünfte gemäss Art. 22 Abs. 2 melden. Sämtliche Änderungen der Einkommensverhältnisse sind der Geschäftsstelle unverzüglich zu melden.

⁵ Die Versicherten, die Rentner und ihre anspruchsberechtigten Hinterlassenen sind verpflichtet, ihre Ansprüche bei der AHV/IV, der obligatorischen Unfallversicherung und der Militärversicherung geltend zu machen und der Geschäftsstelle hierüber Auskunft zu erteilen.

⁶ Für den Bezug einer reglementarischen Kapitalleistung von mindestens CHF 5'000, einer freiwilligen Kapitalleistung, einer Barauszahlung bei Austritt oder für den Vorbezug bzw. die Verpfändung zur Finanzierung von Wohneigentum durch eine nicht verheiratete bzw. nicht in eingetragener Partnerschaft lebende Person ist ein aktueller Personenstandsausweis erforderlich.

Für den Bezug einer reglementarischen Kapitalleistung bis CHF 5'000, einer freiwilligen Kapitalleistung, einer Barauszahlung bei Austritt oder für den Vorbezug bzw. die Verpfändung zur Finanzierung von Wohneigentum durch eine verheiratete oder in eingetragener Partnerschaft lebende Person ist die schriftliche Zustimmung des Ehegatten bzw. des eingetragenen Partners erforderlich.

Für den Bezug von mehr als CHF 5'000 ist die Unterschrift des Ehegatten bzw. des eingetragenen Partners auf der Zustimmungserklärung notariell oder amtlich beglaubigen zu lassen.

Art. 8 Auskunfts- und Meldepflicht des Arbeitgebers

- 1 Der Arbeitgeber meldet der Geschäftsstelle:
 - a) Die versicherungspflichtigen Arbeitnehmer, den für den Arbeitnehmer massgebenden Jahreslohn, Versicherungsplan sowie eine allfällige Zusatz-Risikoversicherung.
 - b) Versicherte, deren Arbeitsverhältnis aufgelöst oder deren Beschäftigungsgrad geändert wird, und ob die Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder die Reduktion des Beschäftigungsgrads aus gesundheitlichen Gründen erfolgt.
 - c) Jeweils die massgebenden Jahreslöhne
 - d) Vorsorgefälle wie (Teil-)Pensionierung, Invalidität und Tod.
 - e) Die Heirat (mit Datum) von versicherten Arbeitnehmern.
- 2 Verletzt der Arbeitgeber diese Auskunfts- und Meldepflicht oder macht er unrichtige oder unvollständige Angaben, so haftet er für die Folgen.

Art. 9 Information der Versicherten und Rentner

- 1 Auf dem Versicherungsausweis teilt die Veska Pensionskasse dem Versicherten jährlich die für ihn massgebenden Vorsorgedaten mit, insbesondere die versicherte Freizügigkeitsleistung, auf die der Versicherte bei einem Austritt Anspruch hätte und das BVG-Altersguthaben.
- 2 Bei der erstmaligen Fälligkeit einer Leistung sowie bei jeder Änderung der ausgerichteten Renten wird dem Anspruchsberechtigten der jeweilige Anspruch schriftlich mitgeteilt.
- 3 Im Freizügigkeitsfall erstellt die Veska Pensionskasse dem Versicherten eine Freizügigkeitsabrechnung. Daraus müssen die Berechnungen gemäss Art. 36 ersichtlich sein.
- 4 Die Veska Pensionskasse weist den Versicherten beim Austritt auf alle gesetzlich und reglementarisch vorgesehenen Möglichkeiten der Erhaltung des Vorsorgeschutzes hin; namentlich hat sie den Versicherten darauf aufmerksam zu machen, wie dieser den Vorsorgeschutz für den Todes- oder Invaliditätsfall beibehalten kann.

⁵ Die Veska Pensionskasse erlässt bezüglich des WEFG ein Merkblatt, welches an interessierte Versicherte abgegeben wird.

⁶ Die Veska Pensionskasse informiert die Versicherten jährlich in geeigneter Form über:

- a) die Organisation und die Finanzierung;
- b) die Mitglieder des Stiftungsrats.

Art. 10 Abtretung, Verpfändung

¹ Der Leistungsanspruch aus der Veska Pensionskasse kann vor Fälligkeit weder abgetreten noch verpfändet werden. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge (vgl. Art. 11) gemäss WEFG.

² Der Leistungsanspruch darf mit Forderungen, die der Arbeitgeber der Veska Pensionskasse abgetreten hat, nur verrechnet werden, wenn sie sich auf Beiträge beziehen, die nicht vom Lohn abgezogen werden.

Art. 11 Wohneigentumsförderung: Verpfändung

¹ Der Versicherte kann bis zum Bezug von Altersleistungen, spätestens jedoch bis zum Erreichen des Rentenalters, seinen Anspruch auf Vorsorgeleistungen oder einen Betrag bis zur Höhe der Freizügigkeitsleistung für Wohneigentum zum eigenen Bedarf verpfänden. Versicherte, die das 50. Altersjahr überschritten haben, dürfen höchstens die Freizügigkeitsleistung, auf die sie im 50. Altersjahr Anspruch gehabt hätten, oder die Hälfte der Freizügigkeitsleistung im Zeitpunkt der Verpfändung als Pfand einsetzen. An verheiratete Versicherte ist die Verpfändung nur zulässig, wenn der Ehegatte schriftlich zustimmt (siehe Art. 7 Abs. 6). Bei einer Pfandverwertung treten die Wirkungen des Vorbezugs ein (vgl. Art. 12).

² Die Zustimmung des Pfandgläubigers ist erforderlich, soweit die Pfandsumme betroffen ist, für die

- a) Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung
- b) Auszahlung von Vorsorgeleistungen
- c) Übertragung von Mitteln infolge Ehescheidung auf eine Vorsorgeeinrichtung des anderen Ehegatten.

³ Bei einem Austritt muss die Veska Pensionskasse dies dem allfälligen Pfandgläubiger mitteilen. Diese Mitteilung muss darüber Auskunft geben, an wen und in welchem Umfang die Freizügigkeitsleistung übertragen worden ist.

Art. 12 Wohneigentumsförderung: Vorbezug

¹ Der Versicherte kann bis zum Bezug von Altersleistungen alle 5 Jahre, spätestens jedoch bis zum Erreichen des Rentenalters, von der Veska Pensionskasse einen Betrag für Wohneigentum zum eigenen Bedarf geltend machen. An verheiratete Versicherte ist der Vorbezug nur zulässig, wenn der Ehegatte schriftlich zustimmt (siehe Art. 7 Abs. 6). Versicherte dürfen bis zum 50. Altersjahr einen Betrag bis zur Höhe der Freizügigkeitsleistung beziehen. Versicherte, die das 50. Altersjahr überschritten haben, dürfen höchstens die Freizügigkeitsleistung, auf die sie im 50. Altersjahr Anspruch gehabt hätten, oder die Hälfte der Freizügigkeitsleistung im Zeitpunkt des Bezugs in Anspruch nehmen. Der Mindestbetrag für einen Vorbezug beträgt CHF 20'000.

² Mit dem Bezug wird ein Vorbezugskonto gemäss Art. 14 eröffnet, dadurch werden die Leistungen bei Austritt, Alter, Tod oder Invalidität gekürzt (vgl. Art. 14 Abs. 5). Einbussen des Vorsorgeschutzes durch eine Leistungskürzung bei Tod oder Invalidität können durch eine Zusatzversicherung bei einer externen Versicherungsgesellschaft abgedeckt werden.

³ Der bezogene Betrag muss vom Versicherten oder von seinen Erben an die Veska Pensionskasse zurückbezahlt werden, wenn:

- a) das Wohneigentum veräussert wird oder
- b) Rechte an diesem Wohneigentum eingeräumt werden, die wirtschaftlich einer Veräusserung gleichkommen oder
- c) beim Tod eines Versicherten keine Vorsorgeleistungen fällig werden.

⁴ Der Versicherte kann im Übrigen den bezogenen Betrag unter Beachtung der Bedingungen in Abs. 5 dieses Artikels jederzeit zurückzahlen.

⁵ Die Rückzahlung (Mindestbetrag CHF 10'000) ist zulässig bis:

- a) zum Bezug von Altersleistungen, spätestens jedoch bis zum Erreichen des Rentenalters;
- b) zum Eintritt eines anderen Vorsorgefalles;
- c) zur Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung.

Bei einer Rückzahlung vermindert sich das Vorbezugskonto (vgl. Art. 14) entsprechend dem zurückbezahlten Betrag. Die Rückzahlung kann um die auf dem Vorbezugskonto aufgelaufenen Zinsen erhöht werden.

⁶ Die Veska Pensionskasse hat dem Grundbuchamt eine Pfandverwertung oder einen Bezug durch den Versicherten zu melden. Die Grundbuchgebühren und allfällige weitere Kosten trägt der Vorbezüger.

Art. 13 Vorsorgeausgleich bei Scheidung

- 1 Wird bei einer Ehescheidung durch das Gericht bestimmt, dass ein Teil der Freizügigkeitsleistung ausbezahlt werden muss, so wird der ausbezahlte Betrag gleich behandelt wie der Bezug von Geldern für Wohneigentum (vgl. Art. 12).
- 2 Der Versicherte hat das Recht, Rückzahlungen zu tätigen. Diese entlasten das Vorbezugskonto (vgl. Art. 14).
- 3 Der Vorsorgeausgleich (insbesondere über die Kürzung von Renten), wenn der Vorsorgefall im Zeitpunkt der Scheidung schon eingetreten ist, ist in Anhang 4 geregelt.

Art. 14 Vorbezugskonto

- 1 Dem Versicherten wird von der Veska Pensionskasse ein Vorbezugskonto eröffnet, wenn
 - a) er einen Barbezug für Wohneigentum getätigt hat oder
 - b) ein Teil der Freizügigkeitsleistung infolge Ehescheidung einer anderen Vorsorgeeinrichtung übertragen werden musste.
- 2 Das Vorbezugskonto setzt sich zusammen aus
 - a) dem für Wohneigentum bezogenen Betrag;
 - b) dem ausbezahlten Teilbetrag der Freizügigkeitsleistung infolge einer Ehescheidung;
 - c) Zins und Zinseszinsen gemäss Abs. 3 dieses Artikels.

Bei einer Rückzahlung vermindert sich das Vorbezugskonto entsprechend dem zurückbezahlten Betrag.

- 3 Der Zinssatz ist der gleiche wie derjenige für die Altersguthaben.
- 4 Beträge, die das Vorbezugskonto belasten bzw. entlasten, haben keinen Einfluss auf das persönliche Beitragskonto sowie das Konto «eingebrachte Gelder» des Versicherten.
- 5 Im Falle eines Austritts wird die Freizügigkeitsleistung der Veska Pensionskasse mit dem Vorbezugskonto verrechnet. Bei einer Alterspensionierung, bei Tod oder bei Invalidität werden die Leistungen der Veska Pensionskasse gekürzt, indem das angesammelte Altersguthaben um das Vorbezugskonto reduziert wird. Die Höhe des Vorbezugskontos wird dem Versicherten jährlich auf dem Versicherungsausweis mitgeteilt.

II. FINANZIERUNG

Art. 15 Beiträge

1 Die Versicherten und der Arbeitgeber haben der Veska Pensionskasse einen Beitrag zu entrichten, welcher sich aus dem Risikobeitrag (Abs. 2 dieses Artikels) und den Altersgutschriften (Abs. 3 dieses Artikels) zusammensetzt. Die Höhe des Beitrags hängt vom Versicherungsplan sowie vom erreichten Alter des Versicherten ab und wird in Prozenten des versicherten Lohns berechnet. Die Beiträge des Versicherten werden diesem vom Arbeitgeber jeden Monat direkt vom Lohn abgezogen. Bei Ein- und Austritten innerhalb eines Kalendermonats sind die Beiträge pro rata zu entrichten. Der Arbeitgeber entrichtet seine Beiträge zur gleichen Zeit wie die Versicherten. Er schuldet der Veska Pensionskasse seine Beiträge und die Beiträge der Versicherten. Die Pflicht zur Beitragszahlung erlischt

- a) wenn die Versicherung endet oder
- b) wenn der Versicherte eine ganze Altersrente der Veska Pensionskasse bezieht oder
- c) wenn der Versicherte das Rentenalter erreicht (vorbehalten bleibt Art. 26 Abs. 4) oder
- d) wenn der Versicherte eine volle Invalidenrente der Veska Pensionskasse bezieht oder
- e) mit dem Todestag des Versicherten.

2 Die gesamten Beiträge für die Risikoversicherung, die sogenannten Risikobeiträge, sind in Abhängigkeit des Planes im Anhang 1 definiert. Liegen die Risikokosten eines einzelnen Arbeitgebers deutlich über dem Durchschnitt der übrigen Arbeitgeber, kann der Stiftungsrat für diesen Arbeitgeber höhere Risikoprämien beschliessen.

3 Die gesamten Beiträge für die Altersversicherung, die sogenannten Altersgutschriften, werden nur für Versicherte entrichtet, welche in die Altersversicherung aufgenommen worden sind (vgl. Art. 4 Abs. 2). Sie sind in Abhängigkeit des Planes im Anhang 1 definiert.

4 Die Aufteilung der Beiträge in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge wird im Anschlussvertrag festgehalten. Der Arbeitgeber muss für jeden Versicherten mindestens 50% des Risikobeitrags und 50% der Altersgutschrift entrichten.

5 Die Beiträge an den Sicherheitsfonds werden von der Stiftung übernommen. Die Stiftung kann dafür aufgrund eines Stiftungsratsbeschlusses einen

Beitrag erheben, wobei der Arbeitgeber mindestens die Hälfte dieser Beiträge übernehmen muss.

⁶ Der Stiftungsrat kann für die Dauer einer Unterdeckung Sanierungsbeiträge beschliessen, dabei müssen die Beiträge der Arbeitgeber mindestens gleich hoch sein, wie diejenigen der Versicherten.

⁷ Der Stiftungsrat kann auf Empfehlung des Experten für berufliche Vorsorge bei gutem Schadenverlauf der Risikoversicherung und sofern dies die finanzielle Lage der Veska Pensionskasse zulässt, die Risikobeiträge herabsetzen. Die Herabsetzung reduziert die Risikobeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im gleichen Verhältnis. Der Beschluss des Stiftungsrates zur Herabsetzung der Risikobeiträge gilt für maximal ein Kalenderjahr.

Art. 16 Eingebachte Freizügigkeitsleistungen / Freiwilliger Einkauf

¹ Freizügigkeitsleistungen aus früheren Vorsorgeeinrichtungen sind vom Versicherten in die Veska Pensionskasse einzubringen. Die eingebrachten Freizügigkeitsleistungen werden zur Erhöhung des Altersguthabens verwendet.

² Der Versicherte kann bei seinem Eintritt bzw. bis zur Fälligkeit von Pensionskassenleistungen seine Leistungen in der Veska Pensionskasse durch freiwillige Einkäufe erhöhen lassen. Der freiwillige Einkauf darf höchstens so hoch sein, dass das dadurch erhöhte gesamte Altersguthaben einem Richtwert entspricht. Die Richtwerte sind in Abhängigkeit vom geltenden Versicherungsplan in Anhang 5 ersichtlich. In der Regel kann maximal ein freiwilliger Einkauf pro Kalenderjahr geleistet werden.

³ Wurden Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung getätigt, so dürfen freiwillige Einkäufe erst geleistet werden, wenn die Vorbezüge zurückbezahlt sind. In den Fällen, in denen eine Rückzahlung des Vorbezugs für die Wohneigentumsförderung nicht mehr möglich ist, dürfen gleichwohl freiwillige Einkäufe getätigt werden, soweit sie zusammen mit den Vorbezügen die maximal mögliche Einkaufssumme nicht überschreiten.

⁴ Die freiwilligen Einkäufe werden wie eingebrachte Freizügigkeitsleistungen zur Erhöhung des Altersguthabens verwendet, vorbehalten bleibt Art. 28 Abs. 3.

⁵ Bei freiwilligen Einkäufen gelten überdies die bundesrechtlichen Einkaufsbeschränkungen (Art. 60a und Art. 60b BVV 2). Dies betrifft Personen, die

- a) während einer gewissen Zeit statt in der 2. Säule in der Säule 3a vorgesorgt haben;
- b) Guthaben der 2. Säule in einer Freizügigkeitseinrichtung haben;

c) aus dem Ausland zuziehen und die noch nie einer Vorsorgeeinrichtung in der Schweiz angehört haben.

⁶ Wurden freiwillige Einkäufe getätigt, so dürfen die daraus resultierenden Leistungen innerhalb der nächsten drei Jahre nicht in Kapitalform aus der Veska Pensionskasse zurückgezogen werden. Von der Begrenzung ausgenommen sind die Wiedereinkäufe im Falle der Ehescheidung nach Artikel 22c FZG.

Art. 16^{bis} Einkauf für vorzeitigen Altersrücktritt

¹ Vorbehalten von Abs. 2 kann sich ein Versicherter ab Alter 45 zusätzlich für den vorzeitigen Altersrücktritt einkaufen. Der Einkauf darf maximal so hoch sein, dass die modellmässig berechnete Altersrente, welche der Versicherte bei der Pensionierung im Rentenalter erreichen würde, im vereinbarten Zeitpunkt der vorzeitigen Pensionierung nicht überschritten wird. Die modellmässig berechnete Altersrente im Rentenalter wird dabei auf der Grundlage des aktuellen versicherten Lohns und den versicherungstechnischen Grundsätzen berechnet. Die Einkäufe werden dem separaten Konto «Altersguthaben/Einkauf für vorzeitigen Altersrücktritt» gutgeschrieben. Im Übrigen gelten für diesen Einkauf die Bestimmungen von Art. 16 sinngemäss.

² Bevor der Versicherte einen Einkauf für den vorzeitigen Altersrücktritt macht, ist der maximale freiwillige Einkauf gemäss Art. 16 vorzunehmen.

³ Geht der Versicherte, der einen Einkauf für den vorzeitigen Altersrücktritt geleistet hat und der darum ein Altersguthaben aufweist, welches über dem Richtwert gemäss Art. 16 Abs. 2 liegt, später als im vereinbarten Zeitpunkt in Pension, so darf seine Altersrente um höchstens 5% höher sein als diejenige, die er ohne Berücksichtigung dieser Einkäufe beim Altersrücktritt im Rentenalter erreichen würde. Der nicht verwendete Teil der Zusatzeinkäufe für den vorzeitigen Altersrücktritt verfällt der Veska Pensionskasse.

Art. 17 Arbeitgeberbeitragsreserve

Der Arbeitgeber kann mit Einwilligung der Veska Pensionskasse durch freiwillige Vorauszahlung in der Veska Pensionskasse eine Reserve bilden, aus der von ihm geschuldete Beiträge entnommen werden können. Diese Arbeitgeberbeitragsreserven werden für jeden Arbeitgeber gesondert ausgewiesen und angemessen verzinst. Sie können mit Zustimmung des jeweiligen Arbeitgebers im Rahmen des Stiftungszwecks auch anders verwendet werden.

Art. 18 Beiträge für die Zusatz-Risikoversicherung

¹ Dieser Artikel gilt nur für Versicherte, welche gemäss Anschlussvertrag zu den Mitgliedern einer Zusatz-Risikoversicherung gehören und für deren Arbeitgeber.

² Die Versicherten und der Arbeitgeber haben der Veska Pensionskasse einen Risikobeitrag für die Zusatz-Risikoversicherung zu entrichten. Die Höhe des Beitrags ist in Anhang 2 festgehalten. Die Beiträge des Versicherten werden diesem vom Arbeitgeber jeden Monat direkt vom Lohn abgezogen. Bei Ein- und Austritten innerhalb eines Kalendermonats sind die Beiträge pro rata zu entrichten. Der Arbeitgeber entrichtet seine Beiträge zur gleichen Zeit wie die Versicherten. Er schuldet der Veska Pensionskasse seine Beiträge und die Beiträge der Versicherten. Die Pflicht zur Beitragszahlung erlischt:

- a) wenn die Versicherung endet oder
- b) wenn der Versicherte eine ganze Altersrente der Veska Pensionskasse bezieht oder
- c) wenn der Versicherte das Rentenalter erreicht oder
- d) wenn der Versicherte eine volle Invalidenrente der Veska Pensionskasse bezieht oder
- e) mit dem Todestag des Versicherten.

³ Die Aufteilung der Beiträge in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge wird im Anschlussvertrag festgehalten. Der Arbeitgeber muss mindestens 50% dieser Beiträge entrichten.

⁴ Der Stiftungsrat kann auf Empfehlung des Experten für berufliche Vorsorge bei gutem Schadenverlauf der Zusatz-Risikoversicherung und sofern dies die finanzielle Lage der Veska Pensionskasse zulässt, die Risikobeiträge gemäss Anhang 2 herabsetzen. Die Herabsetzung reduziert die Risikobeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im gleichen Verhältnis. Der Beschluss des Stiftungsrates zur Herabsetzung der Risikobeiträge gemäss Anhang 2 gilt für maximal ein Kalenderjahr.

III. LEISTUNGEN

A. Allgemeine Bestimmungen

Art. 19 Art der Leistungen

¹ Im Rahmen des Reglements versichert die Veska Pensionskasse folgende Leistungen:

- a) Altersrenten mit Kinderrenten;
- b) Invalidenrenten mit Kinderrenten;
- c) Ehegattenrenten und Renten an den geschiedenen Ehegatten;
- d) Waisenrenten;
- e) Todesfallkapitalien;
- f) Freizügigkeitsleistungen.

² Für Versicherte, welche gemäss Anschlussvertrag zu den Mitgliedern einer Zusatz-Risikoversicherung gehören, versichert die Veska Pensionskasse folgende zusätzlichen Leistungen:

- a) Temporäre Invaliden-Zusatzrenten;
- b) Temporäre Ehegatten-Zusatzrenten;
- c) Temporäre Waisen-Zusatzrenten.

Art. 19a Leistungsanspruch in besonderen Fällen

Die Anspruchsberechtigung auf Hinterlassenen- und Invalidenleistungen bei vorbestandener Arbeitsunfähigkeit infolge eines Geburtsgebrechens oder einer Invalidität, die eingetreten ist, als die Person noch minderjährig war, richtet sich nach dem BVG. Die Leistungen beschränken sich in diesem Fall auf die Mindestleistungen nach BVG.

Art. 20 Auszahlung der Renten

Die Renten werden in Jahresbeträgen festgesetzt und in monatlichen, auf ganze Franken gerundeten Raten ausbezahlt. Für denjenigen Monat, in dem der Anspruch erlischt, wird die Rate noch ganz ausbezahlt. Die Veska Pensionskasse erfüllt ihre Verpflichtungen durch Zahlung auf ein Bank- oder Postkonto in der Schweiz.

Art. 21 Kapitalabfindung

¹ Eine Rente wird durch eine Kapitalabfindung abgelöst, wenn die Alters- oder Invalidenrente aus der Veska Pensionskasse weniger als 10%, die Ehegattenrente weniger als 6%, die Waisenrente weniger als 2% der minimalen AHV-Altersrente beträgt (vgl. Beilage).

² Ein Versicherter kann sich vorbehaltlich Art. 16 Abs. 6 seine Altersleistungen ganz oder teilweise als Kapitalabfindung auszahlen lassen. Er hat dies der Veska Pensionskasse mindestens drei Monate vor dem effektiven Bezug des Kapitals schriftlich bekannt zu geben, wobei der Ehegatte schriftlich zustimmen muss (siehe Art. 7 Abs. 6). Die maximale Kapitalabfindung entspricht dem angesammelten Altersguthaben, in diesem Falle werden keine Alters- und Hinterlassenenleistungen mehr ausgerichtet. Bei teilweiser Kapitalabfindung werden die verbleibenden Alters- und Hinterlassenenleistungen aufgrund des reduzierten Altersguthabens berechnet. Die Veska Pensionskasse erlässt ein Merkblatt betreffend die Folgen einer Kapitalabfindung, welches an interessierte Versicherte abgegeben wird.

Art. 22 Kürzung von Leistungen

¹ Die Veska Pensionskasse kürzt die Hinterlassenen- und Invalidenleistungen, soweit sie zusammen mit anderen Leistungen gleicher Art und Zweckbestimmung sowie weiteren nach Bundesrecht anrechenbaren Einkünften 90% des mutmasslich entgangenen Verdienstes übersteigen.

² Bei der Kürzung von Invalidenleistungen vor Erreichen des ordentlichen AHV-Rentenalters und von Hinterlassenenleistungen werden insbesondere folgende Leistungen und Einkünfte angerechnet:

- a) Hinterlassenen- und Invalidenleistungen, die andere in- und ausländische Sozialversicherungen und Vorsorgeeinrichtungen der leistungsberechtigten Person aufgrund des schädigenden Ereignisses ausrichten;
- b) Taggelder aus obligatorischen Versicherungen;
- c) Taggelder aus freiwilligen Versicherungen, wenn diese mindestens zur Hälfte vom Arbeitgeber finanziert werden;
- d) Bei Bezüglern von Invalidenleistungen: Das weiterhin erzielte oder zumutbarerweise noch erzielbare Erwerbs- oder Ersatzeinkommen, wobei das hypothetische Resterwerbseinkommen dem IV-rechtlich festgelegten Invalideneinkommen entspricht.

³ Kapitalleistungen im Sinne von Abs. 2 dieses Artikels werden zu ihrem Renten- und Umwandlungswert angerechnet. Hilflosenentschädigungen, Integritätsentschädigungen, Abfindungen, Assistenzbeiträge und ähnliche Leistungen

werden nicht angerechnet. Ebenso nicht angerechnet wird ein Zusatzeinkommen, das während der Teilnahme an Massnahmen zur Wiedereingliederung nach Art. 8a des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung erzielt wird.

4 Nach dem ordentlichen Rentenalter der AHV werden Invalidenleistungen nur dann gekürzt, wenn sie zusammentreffen mit:

- a) Leistungen der Unfallversicherung;
- b) Leistungen der Militärversicherung; oder
- c) vergleichbaren ausländischen Leistungen.

5 Die Veska Pensionskasse erbringt die Leistungen nach dem ordentlichen Rentenalter der AHV weiterhin in gleichem Umfang wie vor Erreichen des ordentlichen Rentenalters der AHV. Insbesondere muss sie Leistungskürzungen bei Erreichen des Rentenalters nach Art. 20 Abs. 2ter und 2quater UVG und Art. 47 Abs. 1 MVG nicht ausgleichen.

6 Die gekürzten Leistungen der Veska Pensionskasse dürfen nach dem ordentlichen Rentenalter der AHV zusammen mit den Leistungen nach UVG, nach MVG und den vergleichbaren ausländischen Leistungen nicht tiefer sein als die ungekürzten reglementarischen Leistungen.

7 Wird bei einer Scheidung eine Invalidenrente nach dem reglementarischen Rentenalter geteilt, so wird der Rentenanteil, der dem berechtigten Ehegatten zugesprochen wurde, bei der Berechnung einer allfälligen Kürzung der Invalidenrente des verpflichteten Ehegatten weiterhin angerechnet.

8 Gleicht die Unfall- oder die Militärversicherung nach dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters der AHV eine Reduktion der AHV-Leistungen deshalb nicht vollständig aus, weil deren Höchstbetrag erreicht ist (Art. 20 Abs. 1 UVG, Art. 40 Abs. 2 MVG), so reduziert die Veska Pensionskasse die Kürzung ihrer Leistung um den nicht ausgeglichenen Betrag.

9 Die Veska Pensionskasse kürzt ihre Leistungen im entsprechenden Umfang, wenn die AHV/IV eine Leistung kürzt, entzieht oder verweigert, weil der Anspruchsberechtigte den Tod oder die Invalidität durch schweres Verschulden herbeigeführt hat oder sich einer Eingliederungsmassnahme der IV widersetzt.

10 Die Veska Pensionskasse ist nicht verpflichtet, Leistungsverweigerungen oder -kürzungen der Unfall- oder der Militärversicherung auszugleichen, wenn diese die Leistungsverweigerungen oder -kürzungen nach Artikel 21 ATSG (Allgemeiner Teil des Sozialversicherungsrechts), Artikel 37 UVG (Unfallversicherungsgesetz), Artikel 39 UVG, Artikel 65 MVG (Militärversicherungsgesetz) oder Artikel 66 MVG vorgenommen haben. Insbesondere gleicht die Ves-

ka Pensionskasse Leistungsverweigerungen oder -kürzungen der Unfall- oder Militärversicherung nicht aus, wenn der Anspruchsberechtigte den Versicherungsfall schuldhaft herbeigeführt hat.

¹¹ Versicherte oder deren Hinterlassene sind verpflichtet, allfällige Forderungen gegen haftpflichtige Dritte bis zur Höhe der Leistungspflicht der Veska Pensionskasse an diese abzutreten.

¹² Die Veska Pensionskasse kann eine Kürzung jederzeit überprüfen und die Leistungen anpassen, wenn sich die Verhältnisse wesentlich ändern. In Härtefällen kann die Veska Pensionskasse auf eine Kürzung teilweise oder ganz verzichten.

Art. 23 Anpassung der laufenden Renten an die Preisentwicklung

¹ Die Hinterlassenen- und Invalidenrenten gemäss BVG (Mindestleistungen) werden bis zum Erreichen des ordentlichen Rentenalters nach Anordnung des Bundesrates der Preisentwicklung angepasst. Hinterlassenen- und Invalidenrenten, welche die Mindestleistungen gemäss BVG übersteigen und nicht der Preisentwicklung angepasst werden müssen sowie die Altersrenten werden entsprechend den finanziellen Möglichkeiten der Vorsorgeeinrichtung der Preisentwicklung (Landesindex der Konsumentenpreise) angepasst. Der Stiftungsrat entscheidet jährlich darüber, ob und in welchem Umfang die Renten angepasst werden.

² Die Veska Pensionskasse erläutert in ihrer Jahresrechnung oder in ihrem Jahresbericht die Beschlüsse nach Absatz 1.

Art. 23a Haftungsansprüche Dritte

Gegenüber einem Dritten, der für den Versicherungsfall haftet, tritt die Veska Pensionskasse im Zeitpunkt des Ereignisses bis auf die Höhe der gesetzlichen Leistungen in die Ansprüche der versicherten Person, ihrer Hinterlassenen und weiterer Begünstigter nach Artikel 35 ein (Art. 34b BVG).

Art. 23b Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen

Unrechtmässig bezogene Leistungen sind zurückzuerstatten (Art. 35a BVG).

B. Altersleistungen

Art. 24 Altersguthaben

- 1 Die Altersgutschriften (vgl. Art. 15 Abs. 3) werden auf dem Alterskonto des Versicherten sparkassenmässig angesammelt und ergeben samt Zins und Zinsezins das jeweilige Altersguthaben.
- 2 Der Zins wird am Ende eines jeden Kalenderjahres auf dem Stand des Altersguthabens am Anfang des betreffenden Jahres berechnet. Die Altersgutschrift des laufenden Jahres wird ohne Zins zum Altersguthaben dazugeschlagen.
- 3 Der Zinssatz wird vom Stiftungsrat festgesetzt.
- 4 Tritt ein Versicherungsfall ein oder verlässt der Versicherte die Veska Pensionskasse während des laufenden Jahres, so muss sie dem Alterskonto folgendes gutschreiben:
 - a) den Zins nach Abs. 3 dieses Artikels anteilmässig berechnet bis zum Eintritt des Versicherungsfalles oder bis zum Zeitpunkt des Austrittes;
 - b) die unverzinsten Altersgutschriften bis zum Eintritt des Versicherungsfalles oder bis zum Austritt des Versicherten.
- 5 Tritt ein Versicherter während des Jahres ein, so muss die Veska Pensionskasse am Jahresende seinem Alterskonto folgendes gutschreiben:
 - a) die eingebrachte Freizügigkeitsleistung;
 - b) den Zins auf der eingebrachten Freizügigkeitsleistung ab Überweisungsdatum;
 - c) die unverzinsten Altersgutschriften für den Teil des Jahres, während dem der Versicherte der Veska Pensionskasse angehörte.
- 6 Die Veska Pensionskasse muss das Altersguthaben eines Invaliden für den Fall einer Reaktivierung weiterführen. Das Altersguthaben des Invaliden ist zu verzinsen. Der Zinssatz entspricht demjenigen von Abs. 3 dieses Artikels. Als versicherter Lohn ist der letzte versicherte Lohn massgebend.
- 7 Wird dem Versicherten eine Teilinvalidenrente zugesprochen, so teilt die Veska Pensionskasse das Altersguthaben entsprechend auf. Sie behandelt den einen Teil gemäss Abs. 6 dieses Artikels. Der andere Teil des Altersguthabens ist demjenigen eines voll erwerbstätigen Versicherten gleichgestellt.

Art. 25 Altersrente und Alters-Kinderrenten

- 1 Hat ein Versicherter das Rentenalter erreicht, so hat er Anspruch auf eine Altersrente (vgl. auch Art. 21 Abs. 2).
- 2 Die Höhe der jährlichen Altersrente ergibt sich aus dem beim Altersrücktritt erworbenen Altersguthaben der Veska Pensionskasse durch Multiplikation mit dem für das Rücktrittsalter massgebenden Umwandlungssatz gemäss Anhang 7.
- 3 Versicherte, denen eine Altersrente zusteht, haben für jedes Kind, das im Falle ihres Todes eine Waisenrente beanspruchen könnte, Anspruch auf eine Kinderrente in der Höhe von 20% der von der Veska Pensionskasse ausgerichteten Altersrente. Diese Bestimmung gilt auch bei einer Pensionierung nach Art. 26. Die maximale Höhe der Kinderrente beträgt für jedes anspruchsberechtigte Kind 50% der maximalen AHV-Altersrente
- 4 Die Altersrente wird bis zum Tod des Rentners ausbezahlt. Allfällige Kinderrenten werden dann durch Waisenrenten abgelöst.

Art. 26 Flexibler Altersrücktritt, Teil-Pensionierung

- 1 Die Versicherten können sich frühestens nach Vollendung des 58. Altersjahres vorzeitig pensionieren lassen. Voraussetzung ist, dass das bisherige Arbeitsverhältnis aufgelöst wird. Die Höhe der vorzeitigen Altersrente ergibt sich aus dem bis zum Altersrücktritt erworbenen Altersguthaben der Veska Pensionskasse durch Multiplikation mit dem Umwandlungssatz im Rücktrittsalter gemäss Anhang 7.
- 2 Der Versicherte hat die Möglichkeit, die Ausrichtung der vorzeitigen Altersrente bis längstens zum Rentenalter aufzuschieben. In diesem Fall wird das bis zum Altersrücktritt erworbene Altersguthaben der Veska Pensionskasse gemäss Art. 24 Abs. 3 weiter verzinst. Die Höhe der vorzeitigen Altersrente ergibt sich aus dem bis zu Beginn der Altersrentenzahlung erworbenen Altersguthaben durch Multiplikation mit dem Umwandlungssatz im Alter bei Beginn der Altersrentenzahlung gemäss Anhang 7.
- 3 Wird das Arbeitsverhältnis über das Rentenalter hinaus weitergeführt, kann der Versicherte entweder im Rentenalter die Altersleistungen beziehen oder die Versicherung bis zum Ende des Arbeitsverhältnisses, höchstens jedoch bis zur Vollendung des 70. Altersjahres weiterführen.

Im Anschlussvertrag kann vorgesehen werden, dass während der Weiterführung der Versicherung weiterhin Altersgutschriften erfolgen und entsprechende Beiträge entrichtet werden. Die Altersgutschriften dürfen maximal den Al-

tersgutschriften unmittelbar vor dem Rentenalter und der versicherte Lohn darf maximal dem versicherten Lohn unmittelbar vor dem Rentenalter entsprechen. Ohne entsprechende Regelung im Anschlussvertrag entfallen nach dem Rentenalter die Altersgutschriften und die entsprechenden Beiträge.

Die Höhe der Altersrente ergibt sich aus dem bis zum Altersrücktritt erworbenen Altersguthaben der Veska Pensionskasse durch Multiplikation mit dem Umwandlungssatz im Rücktrittsalter gemäss Anhang 7. Bei Invalidität des Versicherten während der Weiterversicherung besteht kein Anspruch auf Invaliditätsleistungen und es werden die Altersleistungen fällig.

4 Der Versicherte hat Anspruch auf Teil-Altersleistungen, wenn

- a) er das 58. Altersjahr vollendet hat; und
- b) sein Beschäftigungsgrad in einem oder mehreren Schritten um mindestens den in Abs. 5 definierten Mindestbetrag herabgesetzt wurde; und
- c) der Restbeschäftigungsgrad noch mindestens 30% beträgt.

Die Mindestherabsetzung wird gemessen am Beschäftigungsgrad bei Vervollendung des 58. Altersjahres bzw. im Zeitpunkt des letzten Bezugs einer Teil-Altersleistung.

5 Der Mindestbetrag für die Herabsetzung gemäss Abs. 4 Buchstabe b) beträgt beim ersten Bezug einer Teil-Altersleistung 30 Prozentpunkte, bei darauffolgenden Bezügen noch 20 Prozentpunkte.

6 Die Höhe der Teil-Altersrente wird aufgrund des wegfallenden versicherten Lohns gleich berechnet wie die vorzeitige Altersrente. Wird dem Versicherten eine Teil-Altersleistung zugesprochen, so teilt die Veska Pensionskasse das Altersguthaben entsprechend auf. Sie behandelt den einen Teil wie bei einer vorzeitigen Pensionierung. Der andere Teil ist dem Altersguthaben eines voll erwerbstätigen Versicherten gleichgestellt.

7 Der Versicherte bleibt beitragspflichtig für den versicherten Lohn, der seiner verbleibenden Erwerbstätigkeit entspricht.

C. Invalidenleistungen

Art. 27 Invalidität

- 1 Invalidität liegt vor, wenn ein Versicherter im Sinne der Eidgenössischen Invalidenversicherung invalid ist.
- 2 Für die Anerkennung der Invalidität und die Festlegung des Invaliditätsgrads ist der Entscheid der IV massgebend.
- 3 Anspruch auf eine Invalidenrente hat ein Versicherter, der zu mindestens 40% invalid ist und bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, bei der Veska Pensionskasse versichert war.
- 4 Sofern die massgebende Invalidität bis zum 31.12.2006 eingetreten ist, hat der Versicherte Anspruch auf
 - a) eine Vollinvalidenrente, wenn er mindestens zu zwei Dritteln invalid ist;
 - b) eine halbe Rente, wenn er mindestens zu 50% invalid ist.
- 5 Sofern die massgebende Invalidität ab dem 1.1.2007 eingetreten ist, wird die Höhe des Anspruchs in prozentualen Anteilen an einer vollen Invalidenrente festgelegt.
 - a) Bei einem Invaliditätsgrad im Sinne der IV von 50–69 Prozent entspricht der prozentuale Anteil dem Invaliditätsgrad.
 - b) Bei einem Invaliditätsgrad im Sinne der IV ab 70 Prozent besteht Anspruch auf eine volle Invalidenrente.
 - c) Bei einem Invaliditätsgrad im Sinne der IV von unter 50 Prozent gelten die folgenden prozentualen Anteile:

Invaliditätsgrad	Prozentualer Anteil
49 Prozent	47.5 Prozent
48 Prozent	45.0 Prozent
47 Prozent	42.5 Prozent
46 Prozent	40.0 Prozent
45 Prozent	37.5 Prozent
44 Prozent	35.0 Prozent
43 Prozent	32.5 Prozent
42 Prozent	30.0 Prozent
41 Prozent	27.5 Prozent
40 Prozent	25.0 Prozent

⁶ Eine einmal festgesetzte Invalidenrente wird nur dann erhöht, herabgesetzt oder aufgehoben, wenn sich der Invaliditätsgrad um mindestens fünf Prozentpunkte ändert.

Art. 28 Invalidenrente und Invaliden-Kinderrente

¹ Die volle Invalidenrente entspricht dem massgebenden Altersguthaben, multipliziert mit dem Umwandlungssatz im Rentenalter gemäss Anhang 7.

² Das massgebende Altersguthaben besteht aus

- a) dem Altersguthaben (inkl. Zinsen), das der Versicherte bis zum Entstehen des Anspruchs auf die Invalidenrente erworben hat;
- b) der Summe der bis zum Rentenalter der Männer fehlenden Altersgutschriften; die Altersgutschriften werden auf der Grundlage des letzten versicherten Lohns berechnet.
- c) den Zinsen auf den Beträgen gemäss Buchstabe a) und b) dieses Absatzes für die bis zum Rentenalter der Männer fehlende Zeit. Der Zinssatz entspricht im Jahr, in dem der Rentenanspruch entsteht, dem Zinssatz für die Altersguthaben gemäss Art. 24 Abs. 3, ab dem Folgejahr beträgt der Zinssatz für die Hochrechnung 2.0%. Vorbehalten bleibt Abs. 9.

³ Bei der Berechnung des massgebenden Altersguthabens nach Absatz 2 nicht berücksichtigt werden Einkäufe, die nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit getätigt werden, die zur Invalidität geführt hat. Diese Einkäufe werden zurückerstattet.

⁴ Im Falle einer teilweisen Invalidität wird bei späterer voller Invalidität oder beim Altersrücktritt neben der bisherigen Teilrente eine aufgrund des verbleibenden versicherten Lohns berechnete zusätzliche Rente ausgerichtet.

⁵ Der Teilinvalide bleibt beitragspflichtig für den versicherten Lohn, der seiner verbleibenden Erwerbstätigkeit entspricht.

⁶ Versicherte, denen eine Invalidenrente zusteht, haben für jedes Kind, das im Falle ihres Todes eine Waisenrente beanspruchen könnte, Anspruch auf eine Kinderrente in der Höhe von 20% der Invalidenrente.

⁷ Der Anspruch auf Invalidenrenten beginnt mit demjenigen der staatlichen IV. Er wird aufgeschoben, solange der Lohn oder das ihn ersetzende Kranken- oder Unfalltaggeld ausbezahlt wird. Das Taggeld kann jedoch nur dann als voller Lohnersatz angerechnet werden, wenn es mindestens 80% des entgangenen Lohns beträgt und wenn der Arbeitgeber mindestens für die Hälfte der Prämien dieser Versicherung aufgekomen ist.

⁸ Ist die Veska Pensionskasse vorleistungspflichtig, werden die Leistungen auf das BVG beschränkt.

⁹ Der Anspruch auf Invalidenleistungen erlischt mit dem Tod des Anspruchsberechtigten oder mit dem Wegfall der Invalidität, vorbehalten bleibt Art. 26a BVG.

¹⁰ Liegen die Risikokosten eines einzelnen Arbeitgebers deutlich über dem Durchschnitt der übrigen Arbeitgeber, kann der Stiftungsrat – auf Antrag des Arbeitgebers – für diesen Arbeitgeber den in Abs. 2 Buchstabe c) festgelegten Zinssatz herabsetzen oder auch beschliessen, dass für diesen Arbeitgeber bei der Berechnung des massgebenden Altersguthabens keine Zinsen gemäss Abs. 2 Buchstabe c) berücksichtigt werden.

Art. 29 Temporäre Invaliden-Zusatzrente

¹ War der Invalidenrentner bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, Mitglied einer Zusatz-Risikoversicherung, hat er Anspruch auf eine Invaliden-Zusatzrente, wenn

- a) er gemäss Art. 27 Anspruch auf eine Invalidenrente hat und
- b) er das Rentenalter noch nicht erreicht hat und
- c) die volle Invalidenrente zusammen mit allfälligen entsprechenden Invalidenkinderrenten kleiner ist als der in Anhang 2 aufgeführte Grenzwert.

² Die Höhe der vollen Invaliden-Zusatzrente ist abhängig von der Zusatz-Risikoversicherung und ist im Anhang 2 aufgeführt.

³ Die Festsetzung des Invaliditätsgrads und die Rentenabstufung erfolgen analog zu Art. 27.

⁴ Der Anspruch auf die Invaliden-Zusatzrente beginnt mit dem Anspruch auf die Invalidenrente. Er erlischt, wenn der Anspruch auf die Invalidenrente erlischt, spätestens jedoch dann, wenn der Invalidenrentner das Rentenalter erreicht.

D. Hinterlassenenleistungen

Art. 30 Ehegattenrente

¹ Stirbt ein verheirateter Versicherter vor oder nach seiner Pensionierung, so hat der überlebende Ehegatte Anspruch auf eine Ehegattenrente, sofern er bei Eintritt des Versicherungsfalles:

- a) für den Unterhalt eines oder mehrerer Kinder aufkommen muss oder
- b) mit dem verstorbenen Versicherten gemeinsame Kinder hat oder

- c) das 40. Lebensjahr zurückgelegt hat und die Ehe mindestens fünf Jahre gedauert hat. Die der Ehe unmittelbar vorangegangene Dauer einer Lebenspartnerschaft gemäss Art. 31a wird an die Ehedauer angerechnet.
- 2 Erfüllt der Ehegatte keine dieser Voraussetzungen, so hat er Anspruch auf eine einmalige Abfindung in der Höhe von drei Jahresehegattenrenten.
- 3 Die Ehegattenrente beträgt 60% der zur Zeit des Todes versicherten Invalidenrente oder der laufenden Alters- bzw. vollen Invalidenrente (ohne Berücksichtigung einer allfälligen Invaliden-Zusatzrente). Tritt der Tod nach dem Rentenalter und vor der Pensionierung ein (Art. 26 Abs. 4), beträgt die Ehegattenrente 60% der Altersrente, auf die der Versicherte bei seinem Tod Anspruch gehabt hätte.
- 4 Ist der überlebende Ehegatte um mehr als 10 Jahre jünger als der Versicherte, so wird die Rente für jedes volle Jahr über dem Altersunterschied von 10 Jahren hinaus um 5% gekürzt. Die Kürzung beträgt im Maximum 50%. Die Mindestleistungen gemäss BVG dürfen nicht unterschritten werden.
- 5 Der Anspruch auf die Ehegattenrente beginnt mit dem auf den Tod des Versicherten folgenden Monat, frühestens aber nach Ablauf des Lohnnachgenusses. Er erlischt mit dem Tod des überlebenden Ehegatten oder bei dessen Wiederverheiratung. Bei Wiederverheiratung wird eine Abfindung in der Höhe von drei Jahresehegattenrenten (inkl. temporäre Ehegatten-Zusatzrente) ausgerichtet.

Art. 31 Temporäre Ehegatten-Zusatzrente

- 1 War der verstorbene Versicherte oder Invalidenrentner Mitglied einer Zusatz-Risikoversicherung, hat der überlebende Ehegatte Anspruch auf eine Ehegatten-Zusatzrente, wenn
- a) er Anspruch auf eine Ehegattenrente gemäss Art. 30 hat und
 - b) der Verstorbene beim Tod das Rentenalter noch nicht erreicht hat und
 - c) die Ehegattenrente zusammen mit allfälligen Waisenrenten kleiner ist als der in Anhang 2 aufgeführte Grenzwert.
- 2 Die Höhe der Ehegatten-Zusatzrente ist abhängig von der Zusatz-Risikoversicherung. Sie wird im Anhang 2 definiert.
- 3 Der Anspruch auf die Ehegatten-Zusatzrente beginnt mit dem Anspruch auf die Ehegattenrente. Er erlischt, wenn der Anspruch auf die Ehegattenrente erlischt, spätestens jedoch dann, wenn der Verstorbene das Rentenalter erreicht hätte.

4 Eine allfällige Kürzung gemäss Art. 30 Abs. 4 gilt für die Ehegatten-Zusatzrente sinngemäss.

Art. 31a Lebenspartnerrente

1 Der überlebende Lebenspartner hat beim Tode eines Versicherten oder beim Tode eines Alters- oder Invalidenrentners Anspruch auf eine Lebenspartnerrente in der Höhe einer Ehegattenrente gemäss Art. 30 Abs. 3 und 4 inklusive temporäre Ehegatten-Zusatzrente gemäss Art. 31, wenn die folgenden Voraussetzungen gemäss Buchstaben a) bis e) sowie Abs. 2 gemeinsam erfüllt sind:

- a) die verstorbene Person und der überlebende Lebenspartner waren nicht verwandt und beim Tod der verstorbenen Person unverheiratet;
- b) der überlebende Lebenspartner hat das 40. Lebensjahr zurückgelegt und mit der verstorbenen Person während mindestens fünf Jahren bis zu ihrem Tod ununterbrochen in einer partnerschaftlichen Lebensgemeinschaft gelebt;
- c) die Lebenspartner haben in den letzten fünf Jahren bis zum Tode der verstorbenen Person ununterbrochen in einem gemeinsamen Haushalt zusammengelebt oder der überlebende Lebenspartner wurde in den letzten fünf Jahren bis zum Tode der verstorbenen Person von dieser in erheblichem Masse unterstützt;
- d) die gegenseitige Unterstützungspflicht wurde auf dem offiziellen Formular der Veska Pensionskasse schriftlich vereinbart und dieses zu Lebzeiten der beiden Partner, spätestens aber bis zum Beginn des Anspruchs der verstorbenen Person auf eine ganze oder teilweise Altersrente und spätestens bis zur Vollendung des 64./65. Altersjahres der verstorbenen Person der Veska Pensionskasse eingereicht;
- e) der überlebende Lebenspartner hat keine anderen Ansprüche auf Witwen- oder Witwerrente aus beruflicher Vorsorge.

2 Beim Tode eines Alters- oder Invalidenrentners nach dem Rentenalter besteht der Anspruch auf eine Lebenspartnerrente nur, falls die Anspruchsbedingungen gemäss Abs. 1 Buchstaben a) bis e) bereits im Rentenalter und nachher ununterbrochen bis zum Tode erfüllt waren.

3 Der Anspruch erlischt mit der Verheiratung, mit dem Beginn einer neuen partnerschaftlichen Lebensgemeinschaft oder mit dem Tod der anspruchsberechtigten Person. Diese oder deren Hinterlassenen haben der Veska Pensionskasse das Erlöschen des Anspruchs zu melden. Die Veska Pensionskasse kann von Amtes wegen Abklärungen treffen. Unrechtmässig bezogene Leistungen sind zurückzuerstatten.

⁴ Ein Versicherter oder Rentner kann höchstens ein Formular gemäss Abs. 1 Buchstabe d) der Veska Pensionskasse einreichen.

Art. 32 Rente an den geschiedenen Ehegatten

¹ Der geschiedene Ehegatte ist nach dem Tod seines geschiedenen Ehegatten bezüglich Ehegattenrente bzw. Ehegatten-Abfindung (vgl. Art. 30 Abs. 1 bzw. dem verwitweten Ehegatten gleichgestellt, sofern die Ehe mindestens zehn Jahre gedauert hat und

- a) falls die Ehe nach dem 1.1.2017 geschieden wurde:
dem geschiedenen Ehegatten bei der Scheidung eine Rente nach Art. 124e Abs. 1 oder Art. 126 Abs. 1 ZGB (bzw. bei der gerichtlichen Auflösung der eingetragenen Partnerschaft eine Rente nach Art. 124e Abs. 1 ZGB oder Art. 34 Abs. 2 und 3 des Partnerschaftsgesetzes) zugesprochen wurde bzw.
- b) falls die Ehe vor dem 1.1.2017 geschieden wurde:
dem geschiedenen Ehegatten im Scheidungsurteil eine Rente oder eine Kapitalabfindung für eine lebenslängliche Rente zugesprochen wurde.

² Die Leistungen an den geschiedenen Ehegatten werden um jenen Betrag gekürzt, um den sie zusammen mit den Leistungen der übrigen Versicherungen (insbesondere der AHV/IV) den Anspruch aus dem Scheidungsurteil übersteigen. Wurde der Unterstützungsanspruch zeitlich befristet, wird die Rente nur für die entsprechende Dauer zugesprochen.

Art. 33 Waisenrente

¹ Die Kinder eines verstorbenen Versicherten, Alters- oder Invalidenrentners haben Anspruch auf eine Waisenrente.

² Als Kinder gelten auch Pflege- und Stiefkinder, für deren Unterhalt der Verstorbene vorwiegend aufgekomen ist.

³ Der Anspruch auf Waisenrente beginnt mit dem Monat, der dem Tod des Versicherten bzw. Alters- oder Invalidenrentners folgt, frühestens aber nach Ablauf des Lohnnachgenusses. Er erlischt, wenn das Kind das 18. Lebensjahr vollendet hat. Für Kinder, die in Ausbildung stehen oder mindestens zu 70% invalid sind, dauert der Rentenanspruch bis zum Abschluss der Ausbildung bzw. bis sie erwerbsfähig werden, längstens aber bis sie das 25. Lebensjahr vollendet haben.

⁴ Die Waisenrente beträgt 20% der zur Zeit des Todes versicherten Invalidenrente oder der ausgerichteten Altersrente bzw. vollen Invalidenrente.

Art. 34 Temporäre Waisen-Zusatzrente

1 War der verstorbene Versicherte oder Invalidenrentner Mitglied einer Zusatz-Risikoversicherung und wird bei seinem Tode keine Ehegattenrente fällig, haben die Kinder des Verstorbenen Anspruch auf eine temporäre Waisen-Zusatzrente, wenn

- a) sie Anspruch auf eine Waisenrente gemäss Art. 33 haben und
- b) der Verstorbene beim Tod das Rentenalter noch nicht erreicht hat und
- c) die Waisenrente kleiner ist als der in Anhang 2 aufgeführte Grenzwert.

2 Die Höhe der temporären Waisen-Zusatzrente ist im Anhang 2 aufgeführt.

3 Der Anspruch auf die temporäre Waisen-Zusatzrente beginnt mit dem Anspruch auf die Waisenrente. Er erlischt, wenn der Anspruch auf die Waisenrente erlischt, spätestens jedoch dann, wenn der Verstorbene das Rentenalter erreicht hätte.

Art. 35 Todesfallkapital

1 Stirbt ein Versicherter vor der Pensionierung, wird ein Todesfallkapital fällig.

2 Folgende Personen sind – vorbehältlich Art. 35 Abs. 3 – anspruchsberechtigt:

- a) der Ehegatte
- b) beim Fehlen eines Ehegatten nach Buchstabe a) natürliche Personen, die vom Versicherten in erheblichem Masse unterstützt worden sind, oder die Person, die mit diesem in den letzten fünf Jahren bis zu seinem Tod ununterbrochen eine partnerschaftliche Lebensgemeinschaft geführt hat oder die für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss.
- c) beim Fehlen von begünstigten Personen nach den Buchstaben a) und b) die Kinder des Verstorbenen, die Geschwister oder die Eltern.
- d) beim Fehlen von begünstigten Personen nach den Buchstaben a), b) und c) die übrigen gesetzlichen Erben.

3 Allfällige begünstigte Personen gemäss Abs. 2 Buchstabe b) müssen der Veska Pensionskasse vor Eintritt des versicherten Ereignisses schriftlich mitgeteilt worden sein. Fehlt diese Mitteilung, gibt es keine begünstigten Personen gemäss Abs. 2 Buchstabe b). Ohne schriftliche Mitteilung geht das Todesfallkapital an die Kinder, bei deren Fehlen an die Geschwister und bei deren Fehlen an die Eltern der verstorbenen Person.

4 Das Todesfallkapital entspricht

- a) für Begünstigte gemäss Abs. 2 Buchstaben a), b) und c) dem beim Tode vor-

handenen Altersguthaben abzüglich der zur Finanzierung der Leistungen gemäss Art. 30, Art. 31a und Art. 32 erforderlichen Mittel. Bei Rentenleistungen wird bei der Bestimmung der zur Finanzierung erforderlichen Mittel auf den versicherungstechnisch ermittelten Barwert der Rente abgestellt.

b) für Begünstigte gemäss Abs. 2 Buchstabe d) 50 Prozent des beim Tode vorhandenen Altersguthabens.

Sind mehrere Personen gleichzeitig anspruchsberechtigt, dann wird das Todesfallkapital zu gleichen Teilen aufgeteilt.

⁵ Sind keine bezugsberechtigten Personen gemäss Abs. 2 dieses Artikels vorhanden, so wird kein Todesfallkapital ausbezahlt. Ebenfalls kein Anspruch auf das Todesfallkapital nach Absatz 2 Buchstabe b) besteht, wenn die begünstigte Person eine Witwer- oder Witwenrente aus beruflicher Vorsorge bezieht.

E. Leistungen beim Austritt

Art. 36 Freizügigkeitsleistung

¹ Endet die Versicherung aus anderen Gründen als zufolge Alter, Tod oder Invalidität, so hat der Austretende Anspruch auf eine Freizügigkeitsleistung. Die Freizügigkeitsleistung wird fällig mit dem Austritt aus der Veska Pensionskasse. Ab diesem Zeitpunkt ist sie mit dem Mindestzinssatz nach BVG zu verzinsen. Überweist die Veska Pensionskasse die fällige Austrittsleistung nicht innert 30 Tagen, nachdem sie die notwendigen Angaben zur Überweisung erhalten hat, so ist ab Ende dieser Frist (frühestens aber 30 Tage nach dem Austritt bzw. frühestens 30 Tage nach Beendigung der freiwilligen Versicherung nach Art. 5 Abs. 5) ein vom Bundesrat festgelegter Verzugszins zu bezahlen. Versicherte können auch eine Austrittsleistung beanspruchen, wenn Sie die Veska Pensionskasse zwischen dem frühestmöglichen und dem ordentlichen reglementarischen Rentenalter verlassen und die Erwerbstätigkeit weiterführen oder als arbeitslos gemeldet sind.

² Die Freizügigkeitsleistung entspricht dem Altersguthaben beim Austritt (Art. 15 FZG), mindestens aber dem Anspruch gemäss Abs. 3 dieses Artikels (Art. 17 FZG) abzüglich einem allfälligen Vorbezugskonto. Die Freizügigkeitsleistung entspricht zudem mindestens dem BVG-Altersguthaben beim Austritt (Art. 18 FZG) reduziert um ein allfälliges Vorbezugskonto gemäss Art. 2 Abs. 7.

³ Der Mindestbetrag gemäss Art. 17 FZG setzt sich wie folgt zusammen:

a) die in die Veska Pensionskasse eingebrachten Freizügigkeitsleistungen und freiwilligen Einkäufe samt Zinsen und

- b) die vom Versicherten reglementarisch an die Veska Pensionskasse geleisteten Arbeitnehmerbeiträge für die Altersversicherung mit Zinsen samt einem Zuschlag von 4% für jedes Altersjahr über 20, höchstens aber von 100%.

Beiträge, bei denen der Versicherte zu seinen eigenen auch die Arbeitgeberbeiträge bezahlt hat (Art. 5 Abs. 4 und 5, Art. 5a, Art. 6 Abs. 7), sind nicht zuschlagsberechtigt. Der Zinssatz in Buchstabe a) und Buchstabe b) entspricht dem Zinssatz nach FZG. Solange die Veska Pensionskasse die Altersguthaben zu einem Zinssatz verzinst, der den Mindestzinssatz gemäss Artikel 15 Absatz 2 BVG unterschreitet, und solange eine Unterdeckung besteht, wird der Mindestbetrag der Freizügigkeitsleistung gemäss Artikel 17 FZG gestützt auf diesen tieferen Zinssatz berechnet.

- 4 Hat die Veska Pensionskasse die Freizügigkeitsleistung erbracht und muss sie später Hinterlassenen- oder Invalidenleistungen ausrichten, so ist die bereits erbrachte Freizügigkeitsleistung der Veska Pensionskasse soweit zurückzuerstatten, als dies zur Auszahlung der Hinterlassenen- oder Invalidenleistungen nötig ist. Die Hinterlassenen- und Invalidenleistungen werden gekürzt, soweit eine Rückerstattung unterbleibt.

Art. 37 Überweisung der Freizügigkeitsleistung

- 1 Die Veska Pensionskasse überweist die Freizügigkeitsleistung der neuen Vorsorgeeinrichtung.

2 Ist die Überweisung der Freizügigkeitsleistung an eine neue Vorsorgeeinrichtung nicht möglich, so muss der Versicherte der Veska Pensionskasse mitteilen, in welcher gemäss FZG zulässigen Form der Vorsorgeschutz erhalten werden soll. Der Versicherte muss diese Mitteilung innerhalb eines Monats nach Austritt abgeben. Ist keine Mitteilung erfolgt, wird die Freizügigkeitsleistung nach Ablauf von sechs Monaten nach Austritt an die Auffangeinrichtung überwiesen.

- 3 Bei der Überweisung der Freizügigkeitsleistung gibt die Veska Pensionskasse an:

- a) das BVG-Altersguthaben;
- b) die Freizügigkeitsleistung bei Erreichen des 50. Altersjahres;
- c) die Freizügigkeitsleistung im Zeitpunkt der Eheschliessung nach dem 1.1.1995;
- d) für Versicherte, die vor dem 1.1.1995 geheiratet haben, die erste nach dem 1.1.1995 mitgeteilte oder fällig gewordene Freizügigkeitsleistung und den Zeitpunkt der Mitteilung beziehungsweise der Fälligkeit;
- e) in welchem Umfang Mittel infolge Ehescheidung übertragen wurden und wie hoch der BVG-Anteil ist (falls bekannt, spätestens aber für Scheidung nach dem 1.1.2017);

- f) ob und in welchem Umfang Mittel vorbezogen wurden und den Zeitpunkt des Vorbezugs. Falls bekannt (spätestens aber für Bezüge nach dem 1.1.2017), ist zudem mitzuteilen, wie hoch der BVG-Anteil am Vorbezug ist und die Höhe der bis zum Vorbezug erworbenen Freizügigkeitsleistung;
- g) ob und in welchem Umfang der Versicherte die Freizügigkeits- bzw. Vorsorgeleistung verpfändet hat.

4 Versicherte können die Barauszahlung der Freizügigkeitsleistung verlangen, wenn:

- a) sie die Schweiz endgültig verlassen (vorbehalten bleibt Art. 25f FZG) oder
- b) sie eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnehmen und der obligatorischen Versicherung gemäss BVG nicht mehr unterstehen oder
- c) die Freizügigkeitsleistung weniger als ihr Jahresbeitrag beträgt.

An verheiratete Anspruchsberechtigte ist die Barauszahlung nur zulässig, wenn der Ehegatte schriftlich zustimmt (siehe Art. 7 Abs. 6).

IV. ORGANISATION

Art. 38 Stiftungsorgan

Das Organ der Stiftung ist der Stiftungsrat.

Art. 39 Stiftungsrat

¹ Das paritätische Organ der Stiftung ist der Stiftungsrat, der aus sechs Mitgliedern besteht, welche je zur Hälfte Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sind.

² Die Arbeitgebervertreter werden auf Antrag des Stiftungsrates vom Vorstand der «H+ Die Spitäler der Schweiz» gewählt.

³ Ein Arbeitnehmervertreter wird vom Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) bestimmt. Die zwei übrigen Arbeitnehmervertreter sind Mitglieder von Berufsverbänden im Gesundheitswesen oder Versicherte der Veska Pensionskasse.

⁴ Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Notwendige Ersatzwahlen sind innert drei Monaten durchzuführen.

⁵ Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses mit allen in Art. 1 genannten Arbeitgebern erfolgt in der Regel der Austritt aus dem Stiftungsrat.

⁶ Der Stiftungsrat konstituiert sich selbst und bestimmt die zeichnungsberechtigten Personen. Insbesondere muss der Präsident nicht abwechslungsweise ein Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter sein.

⁷ Dem Stiftungsrat obliegt die Verwaltung der Stiftung gemäss vorliegendem Reglement. Er vertritt die Stiftung nach aussen.

⁸ Der Stiftungsrat erlässt ein Anlagereglement für die Vermögensverwaltung. Das Vermögen muss so verwaltet werden, dass Sicherheit und genügender Ertrag der Anlagen, eine angemessene Verteilung der Risiken sowie die Deckung des voraussehbaren Bedarfs an flüssigen Mitteln gewährleistet sind, unter Einhaltung der Anlagevorschriften des BVG.

⁹ Der Stiftungsrat bestimmt die Errichtung einer Geschäftsstelle.

¹⁰ Der Stiftungsrat versammelt sich auf Einladung des Präsidenten sooft es die Geschäfte erfordern, mindestens jedoch zweimal jährlich. Im Übrigen können

zwei Mitglieder des Stiftungsrates jederzeit, unter Bekanntgabe der zu behandelnden Traktanden, die Einberufung einer Sitzung verlangen.

¹¹ Der Stiftungsrat ist nur beschlussfähig, sofern mindestens zwei Arbeitnehmer- und zwei Arbeitgebervertreter anwesend sind. Der Stiftungsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Vorbehalten bleibt das qualifizierte Mehr für Reglementsänderungen gemäss Art. 47.

¹² Beschlüsse auf dem Zirkulationsweg sind zulässig, sofern solche einstimmig gefasst werden. Zirkulationsbeschlüsse sind in das Protokoll der nächsten Sitzung des Stiftungsrates aufzunehmen.

¹³ Kommt im Stiftungsrat eine Entscheidung nicht zustande, die für den Fortbestand der Stiftung oder für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigerweise zu treffen ist, so hat der Stiftungsrat dieses Traktandum innert tunlicher Frist erneut zu behandeln. Sofern keine Entscheidung zustande kommt, so wird der Stichtscheid von einer vom Stiftungsrat zu bestimmenden Schiedsperson gefällt. Kommt bezüglich der Schiedsperson ebenfalls keine Einigung zustande, so wird diese von der Aufsichtsbehörde bestimmt.

¹⁴ Die Veska Pensionskasse gewährleistet die Erst- und Weiterbildung der Stiftungsratsmitglieder, so dass diese ihre Führungsaufgaben wahrnehmen können.

Art. 40 Auflösung und Abschluss des Anschlussvertrages

¹ Der Abschluss, die Änderung und die Auflösung des Anschlussvertrages haben gemäss den bundesrechtlichen Vorschriften im Einverständnis mit dem Personal zu erfolgen.

² Löst der Arbeitgeber den Anschlussvertrag mit der Veska Pensionskasse auf, wechseln die Rentenbezüger zur neuen Vorsorgeeinrichtung, sofern der Stiftungsrat mit dem Arbeitgeber keine andere Lösung vereinbart. Mit der Auflösung des Anschlussvertrages erlöschen sämtliche Ansprüche sowohl des Arbeitgebers als auch der Versicherten und Rentner gegenüber der Veska Pensionskasse.

Art. 41 Verwaltungskosten

Die Verwaltungskosten sowie von der Stiftung angeordnete ärztliche Untersuchungen werden von der Stiftung übernommen. Für die Bearbeitung von besonders aufwändigen Geschäftsfällen oder für Informationen, die über diejenigen hinausgehen, die in Art. 9 festgelegt sind, kann die Stiftung Gebühren erheben. Der Stiftungsrat erlässt hierzu ein Kostenreglement.

Art. 42 Geschäftsstelle / Rechnungsjahr

- 1 Die vom Stiftungsrat bestimmte Geschäftsstelle besorgt die laufenden Geschäfte und die Rechnungsführung der Veska Pensionskasse. Der Stiftungsrat bestimmt den Geschäftsführer.
- 2 Die Geschäftsstelle ist befugt, alle die Veska Pensionskasse betreffenden Fälle gemäss diesem Reglement zu behandeln. Sie besorgt den Verkehr mit den Versicherten, den Arbeitgebern und den Bezugsberechtigten unter Aufsicht des Stiftungsrates.
- 3 Die Zeichnungsberechtigung legt gemäss Art. 39 Abs. 6 der Stiftungsrat fest. Gezeichnet wird kollektiv zu zweien.
- 4 Die Geschäftsstelle ist für eine angemessene Information der Versicherten zuständig.
- 5 Das Rechnungsjahr der Stiftung ist das Kalenderjahr.

Art. 43 Kontrolle und Unterdeckung

- 1 Der Stiftungsrat bestimmt die Revisionsstelle der Stiftung (Art. 52c BVG). Diese hat jährlich die Geschäftsführung, das Rechnungswesen und die Vermögenanlagen der Stiftung zu prüfen und hierüber dem Stiftungsrat schriftlich Bericht zu erstatten.
- 2 Der Stiftungsrat bestimmt den anerkannten Experten für berufliche Vorsorge (Art. 52e BVG). Mindestens alle drei Jahre ist durch den anerkannten Experten für berufliche Vorsorge eine versicherungstechnische Bilanz erstellen zu lassen.
- 3 Bei einer Unterdeckung legt der Stiftungsrat in Zusammenarbeit mit dem Experten für berufliche Vorsorge die erforderlichen Massnahmen zur Behebung der Unterdeckung fest. Insbesondere kann die Veska Pensionskasse
 - a) zusätzliche Beiträge erheben;
 - b) die Verzinsung der Altersguthaben unter den BVG-Mindestzinssatz senken;
 - c) im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten von den Rentnern einen Beitrag erheben bzw. die Renten herabsetzen;
 - d) im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten in der Schattenrechnung nach BVG den Mindestzinssatz unterschreiten.
- 4 Der Bericht der Revisionsstelle und der Bericht des Experten für die berufliche Vorsorge sind der Aufsichtsbehörde bekannt zu geben. Die Versicherten und die Arbeitgeber sind in geeigneter Form darüber zu informieren.

Art. 44 Verantwortlichkeit

¹ Die Mitglieder des Stiftungsrates sowie die mit der Geschäftsführung, der Kontrolle und der technischen Überprüfung betrauten Personen sind für den Schaden verantwortlich, den sie der Veska Pensionskasse absichtlich oder fahrlässig zufügen.

² Die in Abs. 1 dieses Artikels genannten Personen unterliegen hinsichtlich der persönlichen und finanziellen Verhältnisse der Versicherten und der Arbeitgeber der Schweigepflicht.

Art. 45 Übergangsbestimmungen

Die vor dem 1.1.2021 gemachten gesundheitlichen Vorbehalte bleiben nach wie vor bestehen und es gilt für diese Vorbehalte weiterhin Art. 4 in der Fassung des Reglements vom 1.11.2019.

Art. 45a Übergangsbestimmungen

¹ Als Kompensation für die Umwandlungssatzsenkung per 1.1.2021 wird den Versicherten, welche am 31.12.2020 und am 1.1.2021 Versicherte der Veska Pensionskasse waren, dem Altersguthaben eine zusätzliche Altersgutschrift per 1.1.2021 gutgeschrieben. Die Gutschrift bemisst sich in Prozenten des erhöhungsberechtigten Altersguthabens gemäss Abs. 2 wie folgt:

Jahrgang (Männer/Frauen)	Prozentsatz	Jahrgang (Männer/Frauen)	Prozentsatz
1956/1957 und älter	5.7%	1962/1963	3.6%
1957/1958	5.6%	1963/1964	3.2%
1958/1959	5.2%	1964/1965	2.8%
1959/1960	4.8%	1965/1966	2.4%
1960/1961	4.4%	1966/1967 und jünger	2.0%
1961/1962	4.0%		

² Das erhöhungsberechtigte Altersguthaben entspricht dem Altersguthaben per 31.5.2019 in der Veska Pensionskasse. Bei (Teil-)Fälligkeit einer Freizüigkeitsleistung oder einer Invaliden- oder Altersleistung, einer Reduktion des Kapitals durch Ehescheidung oder einem WEF-Vorbezug nach Art. 12 zwischen dem 31.5.2019 und dem 1.1.2021, reduziert sich die einmalige Gutschrift proportional zur Reduktion des Altersguthabens.

Art. 45b Übergangsbestimmungen

¹ Für Invalidenrentner, deren Rentenanspruch auf eine Invalidenrente vor dem 1.1.2022 entstanden ist und die am 1.1.2022 das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, bleibt der bisherige Rentenanspruch bestehen, bis sich der Invaliditätsgrad um mindestens fünf Prozentpunkte ändert. Der bisherige Rentenanspruch bleibt auch nach einer Änderung des Invaliditätsgrades um mindestens fünf Prozentpunkte bestehen, wenn bei Anwendung von Art. 27 Abs. 5 der bisherige Rentenanspruch

a) bei einer Erhöhung des Invaliditätsgrades sinkt oder

b) bei einem Sinken des Invaliditätsgrades ansteigt.

² Für Invalidenrentner, deren Rentenanspruch auf eine Invalidenrente vor dem 1.1.2022 entstanden ist und die am 1.1.2022 das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wird der Rentenanspruch nach Art. 27 Abs. 5 spätestens per 1.1.2032 angewendet. Falls der Rentenbetrag im Vergleich zum bisherigen Betrag sinkt, wird dem Invalidenrentner der bisherige Betrag solange ausgerichtet, bis sich der Invaliditätsgrad um mindestens fünf Prozentpunkte ändert.

³ Während der provisorischen Weiterversicherung nach Art. 26a BVG wird die Anwendung von Art. 27 Abs. 5 aufgeschoben.

⁴ Für Invalidenrentner, deren Rentenanspruch auf eine Invalidenrente vor dem 1.1.2022 entstanden ist und die am 1.1.2022 das 55. Lebensjahr vollendet haben, gilt das bisherige Recht.

V. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 46 Rechtsstreitigkeiten

¹ Über Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern, Versicherten, Rentnern und anderen Anspruchsberechtigten einerseits und der Veska Pensionskasse andererseits, welche nicht intern gelöst werden können, entscheidet das zuständige kantonale Gericht. Gerichtsstand ist der schweizerische Sitz oder Wohnsitz des Beklagten oder der Sitz des Arbeitgebers, bei dem der Versicherte angestellt wurde.

² Im Zweifelsfall ist der deutsche Text des Reglements massgebend.

Art. 47 Reglementsänderungen

Das vorliegende Reglement kann vom Stiftungsrat im Rahmen von Gesetz und Stiftungsurkunde jederzeit abgeändert werden. Reglementsänderungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit eines mit der Einladung zuzustellenden schriftlichen Antrags und einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln sämtlicher Mitglieder des Stiftungsrates und sind der Aufsicht zur Kenntnis zu bringen.

Art. 48 Auflösung und Liquidation

Für die Auflösung und Liquidation der Stiftung sind die Bestimmungen des FZG und der Stiftungsurkunde massgebend. Insbesondere haben die Versicherten bei einer Gesamt- oder Teilliquidation der Veska Pensionskasse neben dem Anspruch auf die Freizügigkeitsleistung einen individuellen oder einen kollektiven Anspruch auf die freien Mittel der Veska Pensionskasse. Die freien Mittel sind aufgrund des Vermögens, welches zu Veräusserungswerten bewertet ist, zu berechnen. Die Aufsichtsbehörde entscheidet darüber, ob die Voraussetzungen für eine Teilliquidation erfüllt sind. Die Voraussetzungen für eine Teilliquidation sind vermutungsweise erfüllt, wenn

- a) eine erhebliche Verminderung der Belegschaft erfolgt;
- b) eine Unternehmung restrukturiert wird;
- c) ein Arbeitgeber den Anschlussvertrag auflöst und die Veska Pensionskasse nach der Auflösung weiterbesteht.

Art. 49 Inkrafttreten

Das vorliegende Reglement tritt durch die Beschlüsse des Stiftungsrats vom 20. August 2021 und 3. Dezember 2021 auf den 1. Januar 2022 in Kraft und ersetzt das Reglement vom 1. Januar 2021.

Aarau, 3. Dezember 2021

Veska Pensionskasse

Der Stiftungsratspräsident

Lucian Schucan

Der Geschäftsführer

Martin Hammele

Anhang 1 Versicherungspläne

Die Stiftung führt folgende Versicherungspläne: A.1, A.2, A.3, A.4, A.5, A.6, A.7, A.8, A.9, B.1, B.2.

In allen Plänen ist die Versicherungspflicht in der Veska Pensionskasse an einen im Anschlussvertrag definierten Mindestlohn geknüpft (vgl. Art. 3 Abs. 1).

Das Alter eines Versicherten ist definiert als das Kalenderjahr minus sein Geburtsjahr. Der Beginn der Altersversicherung ist in allen Plänen der 1. Januar nach Vollendung des 24. Lebensjahres.

Die gesamten Risikobeiträge betragen vom versicherten Lohn:

Plan	Risikobeitrag in %
A.1, A.2, A.3	2.2%
A.4	2.9%
A.5, A.6, A.7, A.8, A.9	2.0%
B.1, B.2	2.6%

In allen **A-Plänen** ist der versicherte Lohn gleich definiert, aber die Altersgutschriften (vgl. Art. 15 Abs. 3) sind unterschiedlich hoch. Der versicherte Lohn entspricht dem massgebenden Jahreslohn gemäss Art. 6 Abs. 1, d.h. es erfolgt kein Koordinationsabzug bzw. der Koordinationsbetrag beträgt CHF 0.

Die Altersgutschriften betragen in % des versicherten Lohns:

	Altersgutschrift			
Alter	Plan A.1	Plan A.2	Plan A.3	Plan A.4
18–24	0%	0%	0%	0%
25–51	13%	14%	14%	18%
52–64/65	15%	15%	16%	21%

	Altersgutschrift				
Alter	Plan A.5	Plan A.6	Plan A.7	Plan A.8	Plan A.9
18–24	0%	0%	0%	0%	0%
25–29	8%	8%	7%	7%	7%
30–34	10%	8%	7%	7%	7%
35–44	12%	11%	10%	10%	10%
45–54	14%	15%	13%	13%	14%
55–64/65	16%	17%	15%	16%	16%

In allen **B-Plänen** sind die Altersgutschriften gleich definiert, aber der versicherte Lohn ist unterschiedlich festgelegt.

Der versicherte Lohn entspricht dem massgebenden Jahreslohn gemäss Art. 6 Abs. 1 vermindert um den Koordinationsbetrag gemäss BVG im Plan B.1 bzw. um den halben Koordinationsbetrag gemäss BVG im Plan B.2. Im Anschlussvertrag kann für Teilzeitangestellte ein tieferer Koordinationsbetrag festgelegt werden.

Die Altersgutschriften betragen in % des versicherten Lohns:

	Altersgutschrift
Alter	Pläne B.1 und B.2
18–24	0%
25–34	10%
35–44	13%
45–54	18%
55–64/65	21%

Anhang 2 Zusatz-Risikoversicherung

Die Stiftung bietet drei Zusatz-Risikoversicherungen an: Zusatz 40%, Zusatz 50% oder Zusatz 60%.

Die gesamten Risikobeiträge für die Zusatz-Risikoversicherung betragen vom versicherten Lohn:

im Zusatz 40%: 0.5%

im Zusatz 50%: 0.8%

im Zusatz 60%: 1.1%

Es besteht ein Anspruch auf eine

Invaliden-Zusatzrente, falls die Voraussetzungen gemäss Art. 29 Abs. 1 erfüllt sind, wobei der Grenzwert gemäss Art. 29 Abs. 1 Buchstabe c) 40%, bzw. 50%, bzw. 60% des letzten versicherten Lohns beträgt. Die Höhe der vollen Invaliden-Zusatzrente wird so bestimmt, dass die vollen Invaliden- und Invaliden-Kinderrenten zusammen mit der Invaliden-Zusatzrente 40%, bzw. 50%, bzw. 60% des letzten versicherten Lohns beträgt.

Ehegatten-Zusatzrente, falls die Voraussetzungen gemäss Art. 31 Abs. 1 erfüllt sind, wobei der Grenzwert gemäss Art. 31 Abs. 1 Buchstabe c) 40%, bzw. 50%, bzw. 60% des letzten versicherten Lohns beträgt. Die Höhe wird so bestimmt, dass die Ehegatten- und Waisenrenten zusammen mit der Ehegatten-Zusatzrente 40%, bzw. 50%, bzw. 60% des letzten versicherten Lohns beträgt.

Waisen-Zusatzrente, falls die Voraussetzungen gemäss Art. 34 Abs. 1 erfüllt sind, wobei der Grenzwert gemäss Art. 34 Abs. 1 Buchstabe c) 10% bzw. bei Vollwaisen 20% des letzten versicherten Lohns beträgt. Die Höhe wird so bestimmt, dass die Waisenrenten zusammen mit der Waisen-Zusatzrente 10% bzw. bei Vollwaisen 20% des letzten versicherten Lohns beträgt.

Art. 22 «Kürzung von Leistungen» gilt auch für die Leistungen der Zusatz-Risikoversicherung.

Übergangsbestimmung zur Reglementsanpassung per 1. November 2019

Die bisherige Zusatz-Risikoversicherung «Zusatz 2» wird per 1. November 2019 in die Zusatz-Risikoversicherung «Zusatz 3» überführt. Dadurch bleibt der bisherige Grenzwert von 60% zur Berechnung der Zusatzrenten unverändert.

Anhang 3 Wählbare Parameter

Im Anschlussvertrag müssen folgende Parameter festgelegt werden:

- Die Zugehörigkeit der Arbeitnehmer zu einem bestimmten Plan muss definiert sein (vgl. auch Art. 1).
- Falls eine Zusatz-Risikoversicherung bestehen soll, muss dies festgehalten sein, insbesondere muss festgelegt sein, welche der möglichen Zusatz-Risikoversicherungen bestehen (vgl. auch Art. 1).
- Der Mindestlohn muss definiert sein (vgl. auch Art. 3 und Anhang 1).
- Falls ein Maximum für den massgebenden bzw. versicherten Lohn existiert, muss dieses festgehalten sein (vgl. auch Art. 6).
- Aufstellung der nur gelegentlich anfallenden, nicht versicherten Lohnbestandteile.
- Die Aufteilung der Beiträge in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge muss festgehalten sein (vgl. auch Art. 15 und Art. 18).
- Allfällige Altersgutschriften und entsprechende Beiträge bei Weiterversicherung nach dem Rentenalter.
- Der Zinssatz für die Berechnung von freiwilligen Einkäufen beträgt 2.0% mit Ausnahme Plan A.4; dort beträgt er 1.0% (vgl. auch Art. 16 Abs. 2).
- Falls eine Zusatz-Risikoversicherung abgeschlossen wurde, wird die Höhe des entsprechenden Risikobeitrags festgehalten (vgl. auch Art. 18).
- Falls für Teilzeitangestellte ein tieferer Koordinationsbetrag gelten soll, muss die Höhe definiert werden (vgl. auch Anhang 1).
- Ein allfälliger Verzicht auf einen Hochrechnungszinssatz (vgl. auch Art. 28 Abs. 10).

Anhang 4 Bestimmungen zum Vorsorgeausgleich bei Scheidung, wenn der Vorsorgefall eingetreten ist

1 Teilung der Rente durch das Gericht (Art 124a ZGB)

Liegt ein Gerichtsentscheid über die Teilung der Rente vor, dann erfolgt die Herabsetzung der laufenden Invaliden- oder Altersrente sowie die Festsetzung der Rente an den berechtigten Ehegatten/die berechnigte Ehegattin nach dem Scheidungsurteil beziehungsweise nach Bundesrecht.

Bei der Teilung einer Rente infolge Scheidung wird die BVG-Rente des verpflichteten Ehegatten anteilmässig herabgesetzt.

2 Kinder- und Waisenrenten

Kinderrenten, auf die im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens Anspruch bestand, werden als Folge der Scheidung nicht herabgesetzt. Später entstehende Kinderrenten werden aufgrund der herabgesetzten Alters- oder Invalidenrente bestimmt. Wurde eine Kinderrente vom Vorsorgeausgleich nicht berührt, dann wird eine allfällige spätere Waisenrente auf der gleichen Grundlage berechnet.

3 Anpassung der Invalidenrente bei Übertragung einer Austrittsleistung (Art. 19 BVV2)

Bei Übertragung einer Austrittsleistung wird die Invalidenrente ab dem Zeitpunkt, an dem das Scheidungsurteil rechtskräftig wird, herabgesetzt. Bei Erreichen des reglementarischen Rentenalters während des Scheidungsverfahrens erfolgt die Herabsetzung ab diesem Zeitpunkt.

Die Kürzung wird nach den reglementarischen Bestimmungen berechnet, die der Berechnung der Invalidenrente zugrunde liegen. Für die Berechnung der Kürzung massgebend ist der Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens mit dem bei Beginn des Anspruchs der Invalidenrente gültigen Umwandlungssatz und Zinssatz für die Hochrechnung des Altersguthabens. Die Kürzung der Invalidenrente darf im Verhältnis zur bisherigen Invalidenrente nicht grösser sein als der übertragene Teil der Austrittsleistung im Verhältnis zur gesamten Austrittsleistung.

Muss als Folge der Scheidung ein Teil der Austrittsleistung, auf welche die invalide Person im Falle einer Reaktivierung Anspruch gehabt hätte, ausbezahlt werden, dann wird die Austrittsleistung bzw. das weitergeführte Altersguthaben um den überwiesenen Betrag herabgesetzt.

4 Anpassung der Invaliden-Zusatzrente nach dem Vorsorgeausgleich (Art. 19 BVV2)

Eine allfällige Invalidenzusatz-Rente wird ab dem Zeitpunkt, an dem das Scheidungsurteil rechtskräftig wird, angepasst. Massgebend sind das Reglement und die Zusatzversicherung bei Entstehen des Anspruchs auf die Invalidenrente.

5 Zusätzliche Kürzung der Austrittsleistung und der Rente einer invaliden Person bei Erreichen des reglementarischen Rentenalters während des Scheidungsverfahrens (Art. 19g FZV)

Bezieht der verpflichtete Ehegatte/die verpflichtete Ehegattin eine Invalidenrente und erreicht er/sie während des Scheidungsverfahrens das reglementarische Rentenalter, so werden die zu überweisende Austrittsleistung und die Rente zusätzlich um die zu viel bezahlten Renten gekürzt.

Die zu viel bezahlten Renten entsprechen der Summe, um welche die Rentenzahlungen zwischen dem Erreichen des reglementarischen Rentenalters und der Rechtskraft des Scheidungsurteils tiefer ausgefallen wären, wenn ihrer Berechnung ein um den übertragenen Teil der Austrittsleistung vermindertes Guthaben zugrunde gelegt worden wäre. Die Kürzung wird je hälftig auf die beiden Ehegatten verteilt.

6 Vorgehen bei Eintritt des Vorsorgefalls Alter während des Scheidungsverfahrens (Art. 19g FZV)

Falls zwischen der Einleitung des Scheidungsverfahrens und der Scheidung der Anspruch auf eine Altersrente entsteht und ein Teil des Altersguthabens an den berechtigten Ehegatten/die berechnete Ehegattin überwiesen werden muss, dann erfolgt als Folge der Scheidung eine rückwirkende Neuberechnung der Altersrente.

Diese wird mit dem Umwandlungssatz, mit dem die Altersrente bei Entstehen des Anspruchs berechnet wurde, und mit dem um den gemäss Scheidungsurteil auszuzahlenden Betrag reduzierten Altersguthaben berechnet.

Die ab Beginn des Anspruchs bis zur Rechtskraft des Scheidungsurteils zu viel ausbezahlten Renten, die sich aus der Differenz zwischen der zuerst berechne-

ten und der neu berechneten Altersrente ergeben, werden je zur Hälfte dem anspruchsberechtigten Ehegatten/der anspruchsberechtigten Ehegattin und dem verpflichteten Ehegatten/der verpflichteten Ehegattin belastet.

7 Kürzung der BVG-Invaliden- und BVG-Altersrente (Mindestleistungen)

Musste eine Austrittsleistung überwiesen werden, dann wird die BVG-Invaliden- und BVG-Altersrente um den ausbezahlten Anteil des Altersguthabens nach BVG, multipliziert mit dem Umwandlungssatz nach BVG, mit dem die Invaliden- oder Altersrente berechnet wurde, herabgesetzt.

Wird eine Invaliden- oder Altersrente ohne Übertrag einer Austrittsleistung reduziert, wird die BVG-Invaliden- oder Altersrente anteilmässig herabgesetzt. Das weiterzuführende Altersguthaben des Invaliden wird um den ausbezahlten Teil herabgesetzt.

8 Kürzungsregel wegen zu viel bezahlter Renten bis zur Rechtskraft des Scheidungsurteils

Zu viel ausbezahlte Invaliden- oder Altersrenten werden je zur Hälfte dem berechtigten und dem verpflichteten Ehegatten/der berechtigten und der verpflichteten Ehegattin belastet. Dem berechtigten Ehegatten/der berechtigten Ehegattin wird die Austrittsleistung entsprechend gekürzt. Die andere Hälfte der zu viel ausbezahlten Renten wird mit einer weiteren Herabsetzung der Rente ab dem Zeitpunkt der Rechtskraft der Scheidung dem verpflichteten Ehegatten/der verpflichteten Ehegattin belastet.

Der Herabsetzungsbetrag entspricht der Hälfte der zu viel ausbezahlten Renten multipliziert mit dem Umwandlungssatz für das Alter des verpflichteten Ehegatten/der verpflichteten Ehegattin im Zeitpunkt der Herabsetzung. Massgebend sind die reglementarischen Umwandlungssätze im Zeitpunkt des Entstehens des Anspruchs auf die Invaliden- oder Altersrente.

Fehlt ein Umwandlungssatz, weil das Alter des spätesten Altersrücktritts bereits überschritten ist, dann ergibt sich der für die Berechnung der Kürzung massgebende Umwandlungssatz indem der Umwandlungssatz für das höchste Rücktrittsalter für jedes weitere Altersjahr um die gleiche jährliche Differenz erhöht wird, wie vor dem höchsten Rücktrittsalter. Monate werden anteilmässig berücksichtigt.

9 Rentenanteile, die im Rahmen eines Vorsorgeausgleichs dem berechtigten Ehegatten/der berechtigten Ehegattin zugesprochen wurden

Rentenanteile, die im Rahmen eines Vorsorgeausgleichs dem ausgleichsberechtigten Ehegatten/der ausgleichsberechtigten Ehegattin zugesprochen wurden, sind reine Leibrenten. Der Anspruch erlischt am Monatsende nach dem Tod des berechtigten Ehegatten/der berechtigten Ehegattin. Es besteht auf diesen Renten kein Anspruch auf anwartschaftliche Hinterlassenenleistungen.

Anstelle der Überweisung einer Rente kann mit dem berechtigten Ehegatten/der berechtigten Ehegattin auch die Überweisung einer Kapitalabfindung an dessen/deren Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung vereinbart werden. Die Höhe der Kapitalabfindung wird aufgrund der Barwerttabelle im Anhang 6 berechnet.

10 Anrechnung der Rentenanteile im Rahmen eines Vorsorgeausgleichs bei der Berechnung des freiwilligen Einkaufs

Bei der Berechnung des maximal möglichen freiwilligen Einkaufs reduziert sich dieser um den Barwert der durch den Vorsorgeausgleich zugesprochenen Rente. Massgebend sind die Barwerttabelle im Anhang 6 und das Alter im Zeitpunkt der Berechnung der freiwilligen Eintrittsleistung. Dies gilt auch für den Fall, bei dem die Rente an eine Freizügigkeitseinrichtung überwiesen wird.

11 Wiedereinkauf nach Scheidung

Bezieht der verpflichtete Ehegatte/die verpflichtete Ehegattin im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens eine Invalidenrente vor dem regulatorischen Rentenalter, so besteht keine Möglichkeit des Wiedereinkaufs der übertragenen Austrittsleistung (Art. 22d FZG Abs. 2). Ebenfalls ist es nicht möglich, die Kürzung einer Invaliden- oder Altersrente durch den Vorsorgeausgleich mit einem Einkauf zu beheben.

Anhang 5 Richtwert für den freiwilligen Einkauf gemäss Art. 16 Abs. 2

Der Richtwert für den maximalen Einkauf wird als Prozentwert des versicherten Lohns berechnet. Er ist abhängig vom geltenden Versicherungsplan und vom Alter des Versicherten. Die Richtwerte sind in der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Faktoren per 1.1. des Kalenderjahres

Alter	Versicherungsplan									
	A.1	A.2	A.3	A.4	A.5	A.6	A.7	A.8	A.9	B.1/B.2
25	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
26	13%	14%	14%	18%	8%	8%	7%	7%	7%	10%
27	26%	28%	28%	36%	16%	16%	14%	14%	14%	20%
28	40%	43%	43%	55%	24%	24%	21%	21%	21%	31%
29	54%	58%	58%	73%	33%	33%	29%	29%	29%	41%
30	68%	73%	73%	92%	42%	42%	36%	36%	36%	52%
31	82%	88%	88%	111%	52%	50%	44%	44%	44%	63%
32	97%	104%	104%	130%	64%	59%	52%	52%	52%	74%
33	112%	120%	120%	149%	75%	69%	60%	60%	60%	86%
34	127%	137%	137%	169%	86%	78%	68%	68%	68%	98%
35	142%	153%	153%	188%	98%	88%	77%	77%	77%	109%
36	158%	170%	170%	208%	112%	100%	88%	88%	88%	125%
37	174%	188%	188%	228%	126%	113%	100%	100%	100%	140%
38	191%	206%	206%	249%	141%	127%	112%	112%	112%	156%
39	208%	224%	224%	269%	156%	140%	124%	124%	124%	172%
40	225%	242%	242%	290%	171%	154%	137%	137%	137%	189%
41	242%	261%	261%	311%	186%	168%	149%	149%	149%	205%
42	260%	280%	280%	332%	202%	182%	162%	162%	162%	222%

Anhang 6 Barwerttabelle für eine Rente von CHF 1 pro Jahr

Versicherungstechnische Grundlagen:

VZ 2015 G 2021, technischer Zins 3.00 % (Tarifzinssatz)

Zwischenwerte ergeben sich durch lineare Interpolation

x = effektives Alter des/der Berechtigten

Alter	Männer	Frauen	Alter	Männer	Frauen
17	30.011	30.133	44	24.538	25.054
18	29.882	30.012	45	24.234	24.772
19	29.749	29.887	46	23.920	24.482
20	29.612	29.757	47	23.597	24.183
21	29.470	29.624	48	23.265	23.874
22	29.324	29.486	49	22.923	23.557
23	29.172	29.343	50	22.572	23.230
24	29.015	29.196	51	22.211	22.894
25	28.854	29.044	52	21.840	22.548
26	28.686	28.888	53	21.461	22.193
27	28.513	28.726	54	21.072	21.828
28	28.334	28.559	55	20.674	21.454
29	28.150	28.387	56	20.268	21.070
30	27.959	28.210	57	19.853	20.676
31	27.762	28.027	58	19.429	20.273
32	27.558	27.838	59	18.998	19.860
33	27.348	27.643	60	18.558	19.438
34	27.131	27.442	61	18.111	19.007
35	26.906	27.235	62	17.656	18.566
36	26.674	27.022	63	17.194	18.115
37	26.435	26.801	64	16.725	17.656
38	26.188	26.574	65	16.249	17.189
39	25.934	26.340	66	15.767	16.712
40	25.671	26.098	67	15.277	16.227
41	25.400	25.849	68	14.780	15.733
42	25.122	25.592	69	14.275	15.231
43	24.834	25.327	70	13.761	14.719

Anhang 7 Umwandlungssätze

Es gelten folgende Umwandlungssätze im jeweiligen Rücktrittsalter der Männer/Frauen:

Rücktrittsalter Umwandlungssatz

58/ –	4.55%
59/58	4.70%
60/59	4.85%
61/60	5.00%
62/61	5.15%
63/62	5.30%
64/63	5.45%
65/64	5.60%
66/65	5.72%
67/66	5.84%
68/67	5.96%
69/68	6.08%
70/69	6.20%
– /70	6.32%

Der anwendbare Umwandlungssatz wird entsprechend dem beim Rücktritt erreichten Alter in Jahren und Monaten als linearer Zwischenwert bestimmt.

Beilage Aktuelle Wertangaben, Erläuterungen

Masszahlen im Bereich der beruflichen Vorsorge gültig ab 01.01.2022

Vom BVG abweichende Parameter müssen im Anschlussvertrag des entsprechenden Anschlusses festgehalten werden (vgl. Anhang 3 des Reglements)

	Reglement		BVG
Referenzgrösse für das Erbringen eines Gesundheitsnachweises		129'060 Art. 4 Abs. 4	
Minimaler Jahreslohn/ Eintrittsschwelle	gem. Anschlussvertrag, max.	21'510 Art. 3 Abs. 1	21'510
Max. versicherbarer Jahreslohn/max. massgebender Jahreslohn	gem. Anschlussvertrag, max.	516'240 Art. 6 Abs. 1	860'400
Koordinationsabzug	gem. Anschlussvertrag und Versicherungsplan, max.	25'095 Art. 6 Abs. 2 Anhang 1	25'095
Min. koordinierter Jahreslohn		3'585 Art. 6 Abs. 2	3'585
Max. versicherter Jahreslohn	gem. Anschlussvertrag, mind.	86'040 Art. 6 Abs. 4	86'040
Max. koordinierter Jahreslohn	gem. Anschlussvertrag	variabel	60'945
Minimale jährliche AHV-Altersrente		Art. 21 Abs. 1	14'340
Maximale jährliche AHV-Altersrente		Art. 25 Abs. 3	28'680
Zinssatz für die Altersguthaben		3.75% Art. 24 Abs. 3	1.00%

Hinweis: Bei Teilinvaliden wird der maximal versicherte Lohn und der maximale Koordinationsbetrag entsprechend der Invaliden-Rentenberechtigung herabgesetzt (Art. 6 Abs. 6).

Risikobeiträge gültig ab 01.04.2022 bis mindestens 31.12.2022

Der Stiftungsrat kann gemäss Art. 15 Abs. 7 und Art. 18 Abs. 4 auf Empfehlung des Experten für berufliche Vorsorge bei gutem Schadenverlauf der Risikoversicherung und sofern dies die finanzielle Lage der Veska Pensionskasse zulässt, die Risikobeiträge herabsetzen. An seiner Sitzung vom 03.12.2021 hat der Stiftungsrat in Abweichung zu Anhang 1 und 2 des Reglements die folgenden Risikobeiträge beschlossen:

Versicherungspläne	Risikobeitrag
A.1	1.40%
A.2	1.40%
A.3	1.40%
A.4	1.90%
A.5	1.30%
A.6	1.30%
A.7	1.30%
A.8	1.30%
A.9	1.30%
B.1	1.70%
B.2	1.70%

Zusatz-Risikoversicherung	Risikobeitrag
Zusatz 40%	0.30%
Zusatz 50%	0.50%
Zusatz 60%	0.70%

Die Herabsetzung reduziert die Risikobeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im gleichen Verhältnis. Der Beschluss des Stiftungsrats zur Herabsetzung der Risikobeiträge gilt für maximal ein Kalenderjahr.

